

# infoblatt 82

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so



# 1983 - 2013



Nicaragua  
El Salvador  
Mexico  
Honduras  
Kolumbien



März 2014

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

# Inhalt

## 1983 ... 2013

Editorial 3

### Nicaragua

Das Brigaden-Schwerpunktthema  
Geschlechterverhältnisse  
Ein Erfahrungsbericht 5

Weg zu den Sternen -  
Die feministische Bewegung  
Nicaraguas kämpft gegen  
das Patriarchat 9

Der große interozeanische  
Kanal Nicaraguas 12

### El Salvador

Interview mit Sául Baños –  
Rechtsanwalt und Mitarbeiter  
der salvadorianischen Menschen-  
rechtsorganisation FESPAD 17

Freihandel nützt vor allem dem,  
der ihn durchsetzen kann 22

### Mexiko

20 Jahre nach dem Aufstand der  
EZLN: Gedanken zum Zapatismus  
und den Frauen 25

### Honduras

Alle 14 Stunden wird in Honduras  
eine Frau ermordet.

Interview mit Gilda Rivera vom  
Zentrum für Frauenrechte (CDM) 34

Ein bisschen LIBRE 34

### Kolumbien

Kolumbien: Zwischen Krieg und  
der Hoffnung auf Frieden 38



**FÜR DEN SCHULBAU IN NICARAGUA**

# CONEXION LATINA

 KONZERT

**LUCHO UND JUAN** CHILENISCHES PROTESTLIED

**HANNE HIOB** DIE TOCHTER BERT BRECHTS LIEST BRECHT UND ERICH FRIED

**ORLANDO PINEDA FLORES** ERZIEHUNGSMINISTER RIO SAN JUAN NICARAGUA

**SCHWABINGER BRÄU · SONNTAG 24. APRIL · 19 UHR**

**18 DM (ermäßig 15 DM)**

Veranstaltungsort: AZ, Sagan Henke, Libresse Buchhandlung, Amalienstr. 46, Café Ruffin, Döllnstr. 22, Buchhandlung Pharis, Haberstraße 18  
Veranstalter: BERT BRECHT BRIGADE, ÖKUMENISCHES BÜRO FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT E.V.  
Unterstützung: Nicaragua Komitee, El Salvador Komitee, Peru Gruppe München, Flüchtlingshilfe, Misericordia e.V., Frauenrat der Universität RWTH Aachen, Magda Henz, Bismarck  
Alle Erlöse werden an die Organisation der 11 SPAR, Nicaragua Link e.V., tschechische Jugend München  
Der Erlös der Veranstaltung hilft insbesondere den Schulprojekten in der Provinz Rio San Juan Nicaragua

#### Impressum:

Das Infoblatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45  
Telefax: 089 - 48 76 73  
E-mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)  
Homepage: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62  
E-mail: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)

#### Mitarbeiter\_innen:

Andrea Bertele, Babs Kwapkowski, Christian Wimmerberger (cw), Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach, Gabi Fischer, Klaus Pinzek, Marianne Walther, Ruth Weizel

#### Bildnachweise:

- S. 5 - 10 Nicaragua Brigade
- S. 2 - 4, 13 - 14, 32, 41 Ökumenisches Büro
- S. 15 La Voz del Sandinismo
- S. 16 La Primerísima
- S. 17-18, 22, 24 Saúl Baños
- S. 25 bradpose2, CC
- S. 26 bastian (Heriberto Rodriguez), Chiapas, Mexico. CC
- S. 33 - 37 Honduras Delegation
- S. 42 Oikos

Onlineausgabe unter [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)  
V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



München  
Landeshauptstadt

Kulturreferat

# VIVA NICARAGUA LIBRE

## 10 JAHRE SANDINISTISCHE REVOLUTION



- Sa. 10.6.89 , 19.30 Uhr** **Comandante Tomas Borge** (Innenminister/Nicaragua)  
Guillermo Ungo (FDR/El Salvador), Rigoberta Menchú (Vereinigte Opposition/Guatemala)  
sprechen im Pachorrkeller, Theresienhöhe 7, Eintritt: 12.- und 10.-DM
- So. 18.6.89 , 11.00 Uhr** Entwicklungspolitischer Fröhschoppen  
Die "Dritte Welt"-Bewegung diskutiert mit Kandidaten der Europawahl, "musica mexicana"
- 13.00 Uhr** Ständemarkt, Musik, Kinderprogramm, Film, etc.
- 19.00 Uhr** **FIESTA NICA**  
**Biermösl Blossn, Norma Gadea** ("nueva canción" aus Nicaragua)  
**Irazu** (Salsa), Musik, Lyrik, Tanz, Versteigerung im Festivalzelt / Olympiapark Eintritt: 10.-DM
- Do. 22.6.89 , 19.00 Uhr** Ausstellungseröffnung "Nicaragua-Photos vom politischen Alltag"  
Cordella Dilg und Carlo Schellemann, (22.6. - 2.7.89) Kreuzkirche, Hiltensberger Strasse 53

### Editorial

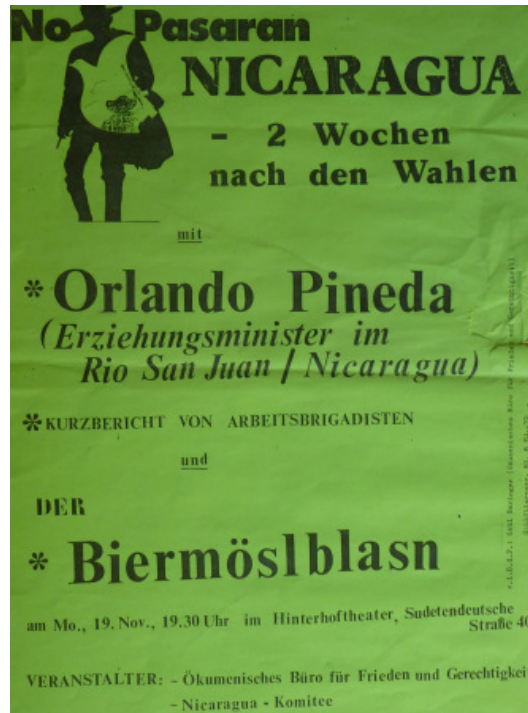
# 1983 ... 2013

Wann genau eine Gruppe von Münchner Student\_innen im Jahr 1983 begonnen hat, Brigaden nach Nicaragua zu organisieren, ist heute nicht mehr genau festzustellen. Irrendwann im Herbst 1983 gründeten sie dazu das „Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit“. Wir sind also im vergangenen Jahr 30 Jahre alt geworden. 30 Jahre waren für uns eine bewegte Geschichte. Wir haben unter anderem Schulen in Nicaragua gebaut, nach der Ermordung der Jesuiten in El Salvador vor dem amerikanischen Konsulat in München demonstriert, Menschenrechtsorganisationen in Mexiko unterstützt, versucht, Einfluss auf die Politik in Bonn und in Brüssel auszuüben, Aktionen auf dem Marienplatz durchgeführt und

wir haben Wandbilder an verschiedenen Stellen Münchens hinterlassen. Seit mehr als 20 Jahren erscheint das Infoblatt, dessen 82. Ausgabe Sie/Ihr jetzt in den Händen halten/t.

Die Texte, die wir mit diesem Heft vorlegen, sind zwar nicht im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Büros entstanden, aber man kann in ihnen doch interessante Spuren aufzeigen, die unsere Arbeit in den vergangenen 30 Jahren geprägt haben.

Damals, ab 1984, schickte das Ökumenische Büro Brigaden nach Nicaragua, um dort Schulen zu bauen und damit die siegreiche sandinistische Revolution zu unterstützen. Fast 30 Jahre später fahren immer noch Brigaden nach Ni-



caragua. Für diejenigen, die im vergangenen Jahr, 2013, in Nicaragua waren, ist die sandinistische Revolution nur noch Geschichte. Ihren Erfahrungen, von denen in den beiden Artikel „Das Brigaden-Schwerpunktthema Geschlechterverhältnisse – Ein Erfahrungsbericht“ und „Weg zu den Sternen – Die feministische Bewegung Nicaraguas kämpft stetig gegen das Patriarchat“ zu lesen ist, beziehen sich auf andere Dinge. Im Zentrum ihres Interesses steht nicht mehr der Sandinismus, sondern die Situation der Frauen und die Arbeit der sozialen Bewegungen. Aber die Geschichte, die 1979 zum Sturz Somozas und zur Installation der Revolutionsregierung führte, ist weiterhin sehr lebendig: Wer hätte gedacht, dass nach 30 Jahren in Nicaragua der Präsident Daniel Ortega heißen würde. Nach den Wahlen von 2007 und 2011 ist die Macht der FSLN unter Ortega inzwischen unangefochten. Vielleicht haben einige Brigadist\_innen damals in den 1980er Jahren von so etwas geträumt. Aber wahrscheinlich hat niemand, der damals etwas mit dem Ökumenischen Büro zu tun hatte, damit gerechnet, dass der Unternehmerverband heute der wichtigste politische Verbündete Ortegas sein und dass die sandinistische Regierung Milliarden-geschäfte mit chinesischen Oligarchen machen würde. Der Text „Der große interozeanische Kanal Nicaraguas“ berichtet von einem 40 Milliarden US-Dollar-Projekt, das, wenn es zur Ausführung kommen sollte, das Land total verändern, ja man kann sagen, revolutionieren wird. Aber dies wird eine ganz andere Revolution sein als die, von der wir 1983 geträumt haben.

Die beiden Texte zu El Salvador beschäftigen sich mit Themen, die zur langjährigen Arbeit des Ökumenischen Büros gehören. In dem Interview mit Sálul Baños „Das historische Gedächtnis El Salvadors ist in Gefahr“, in dem die Schließung eines Büros der Erzdiözese von San Salvador, Tutela Legal, analysiert wird, geht es um das für das Land

so wichtige Thema der Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs in den 1980er Jahren. Mit diesem Thema begann damals auch die Arbeit des Ökumenischen Büros in El Salvador und die noch lange nicht beendete Aufarbeitung dieses Themas wird uns sicher noch weiter beschäftigen. Der Artikel „Freihandel nützt vor allem dem, der ihn durchsetzen kann“ behandelt das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den zentralamerikanischen Staaten und damit auch ein Thema, mit dem wir uns im Ökumenischen Büro seit Jahren beschäftigen. Er weist auf die zu erwartenden Folgen hin und stellt vor allem fest, dass mit dem Inkrafttreten des Abkommens weder für die Basisorganisationen in El Salvador noch für die Solidaritätsgruppen bei uns das Thema erledigt ist.

Wer hätte gedacht, dass wir eines Tages den 20. Jahrestag des Aufstands der indigenen zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung EZLN feiern würden, weil diese immer noch eine wichtige Rolle in der mexikanischen Gesellschaft spielt. Zwar ist es den Zapatist\_innen nicht gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu verändern, doch als aufmerksame und kritische Beobachter\_innen haben sie einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die fortschrittlichen politischen Kräfte Mexikos. In ihrem Artikel „20 Jahre nach dem Aufstand der EZLN“ beschäftigt sich Gabriela Gorjón mit Impulsen, die der Zapatismus auf die Situation der Frauen in Mexiko ausgeübt hat.

Wer in den letzten Jahren die Arbeit des Ökumenischen Büros aufmerksam verfolgt hat, dem kann nicht entgangen sein, dass wir uns seit dem Staatsstreich im Jahr 2009 intensiver mit Honduras beschäftigen. Wer uns aber schon länger kennt, der weiß, dass dieses Engagement für Honduras nicht neu ist. Fast von Anfang an haben Mitarbeiter\_innen des Büros dort die Situation der Menschenrechte beobachtet. Angefangen hat es in den 1980er Jahren mit Besuchen in Lagern salvadorianischer Flüchtlinge in Honduras und auch nach der Rückmeldung der Flüchtlinge hat uns die Situation der Menschenrechte in diesem Land immer wieder beschäftigt und beschäftigt uns heute noch: Dass dies notwendig ist, zeigt eindrucksvoll das Interview mit Gilda Rivera „Alle vierzehn Stunden wird in Honduras eine Frau ermordet oder ‘Kein Schlag gegen den Staat, keine Schläge gegen die Frauen!’“ Aber es ändert sich auch etwas in Honduras und zwar so, dass es Hoffnungen macht. Dazu gehören die Wahlen vom November 2013. Der Artikel „Ein bisschen LIBRE“ von Teilnehmer\_innen der Hondurasdelegation dokumentiert die politische Entwicklung der letzten Monate.

Zum Schluss sei hier noch auf den Artikel „Kolumbien – Zwischen Krieg und der Hoffnung auf Frieden“ hingewiesen, der sich mit der Situation der Menschenrechte in einem Land beschäftigt, das bisher nicht im Zentrum unseres Interesses gestanden hat. Dies verstehen wir als ein Beispiel dafür, dass wir nicht fixiert sind auf Zentralamerika und Mexiko, sondern dass wir uns immer wieder neuen Themen zuwenden können.

Die Redaktion wünscht Freude beim Lesen

## Das Brigaden-Schwerpunktthema

# Geschlechterverhältnisse

## Ein Erfahrungsbericht

Evelyn Linde

Solidarität? Brigaden? Nicaragua? Und vor allem Geschlechterverhältnisse? Mehr oder weniger große Fragezeichen brachten die zukünftigen Brigadist@s mit. An dem Vorbereitungswochenende Ende Mai letzten Jahres sind wir in der Nähe von München zusammengekommen. Noch kannten wir uns nicht, aber eines verband uns bereits: die Neugier, als Solidaritätsbrigade mit dem Schwerpunktthema Geschlechterverhältnisse nach Nicaragua zu fahren. Nicht für alle war die Frage nach den Geschlechterverhältnissen zunächst die drängendste.

So stellten wir uns bei den Vorbereitungswochenenden zunächst die Frage, was es überhaupt bedeutet, Frau zu sein - in Nicaragua, aber auch in Deutschland. „In Nicaragua gibt es eine Schwangerschaftsrate von 25 Prozent unter den 15-jährigen Mädchen und der Großteil der Mütter ist alleinerziehend“, machte Karina vom Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal uns zunächst mit Fakten aus Nicaragua vertraut. Auch hörten wir von dem für die Frauenbewegung zentralen Gesetz 779 gegen Gewalt an Frauen. Gleichzeitig überlegten wir, wie wir Fragen nach dem Abtreibungsgesetz, den Chancen von Alleinerziehenden und den Rechten von Homosexuellen in Deutschland beantworten könnten. Die Brigadistin Britta führte uns in die Geschichte der deutschen Frauenbewegung ein. So versuchten wir, unser Wissen und unsere Erfahrungen mit dem Thema innerhalb der Brigadegruppe zu teilen. „Warum stehe ich so viel weiter hinten als du, habe mit dieser Rolle also so wenig Privilegien?“ diskutierten wir, als wir methodisch spielerischer mit dem Privilegiencheck weitermachten<sup>1</sup>.

Besonders spannend war die Auswahl der Organisationen, die wir während unserer Interviewreise besuchen sollten. Gebannt lauschten die Brigadist@s auf der Wiese am Wörthsee den Koordinator\_innen Andrés vom Ökumenischen Büro und Karina, die die zur Wahl stehenden Organisationen vorstellten. Die Idee, die Brigade 2013 mit einem Schwerpunkt zu Geschlechterverhältnissen zu organisieren, kam Karina und Andrés im Gespräch mit Janett Castillo

vom Movimiento Comunal Nicaragüense Matagalpa (MCM). Das MCM arbeitet in einigen der Gemeinden zu diesem Thema, das besonders interessant erschien, da es auch Teil unserer Lebensrealität ist. Das Thema sollte nicht nur während der Interviewreise eine zentrale Rolle spielen. Wir wollten schon in der Gemeinde, in der wir ein Gemeindeaktionszentrum mit bauen würden, einen inhaltlichen Austausch anstoßen. Es galt also zu überlegen, wie wir das Thema einbringen könnten, ohne die Rolle von beherrschenden Weißen einzunehmen. Außerdem war



unklar, was überhaupt auf Interesse stoßen würde. Immer wieder mussten wir uns bremsen, um unsere Kapazitäten nicht zu sprengen. Letztendlich würden wir das komplexe Thema ungleicher Verhältnisse und Rollenzuschreibungen zwischen den Geschlechtern nur schlaglichtartig beleuchten können. Dann bestand noch die Diskussion um die Methoden, mit denen wir möglichst wenig als weiße Europäer\_in-

*Gastgeber\_innen und die  
Brigadegruppe vor dem  
fast fertig gestellten Kiosk  
in La Reyna*

nen den Gemeindemitgliedern unsere Vorstellungen von Gender vorsetzen. Durchsetzen konnte sich die Idee des Forumtheaters, einer Methode des Theaters der Unterdrückten. Die Idee war, dass sich die Workshopteilnehmer\_innen aus der Gemeinde Alltagssituationen überlegen, in denen sie geschlechtsspezifische Ungleichheit erfahren und die-



*Theaterstück zum Alltagsmachismo beim Gender-Workshop in El Bocón*

se vorspielen. Zur inhaltlichen Vorbereitung wollten wir zunächst den Privilegiencheck anwenden, da uns diese Methode selbst gut gefallen hatte. Die Motivation war so groß, dass wir außerdem noch T-Shirts gestalten lassen wollten. Es gab also allerhand Pläne.

Außerdem stand schon vor Beginn der Brigade zur Debatte, wie wir unsere Erfahrungen in Deutschland verbreiten könnten, um die Reise nicht beim individuellen Erlebnis der Teilnehmenden zu belassen. So bildeten wir jeweils eine Zeitungs-, Radio- und Bildungsmaterialgruppe.

Anfang August ging es dann tatsächlich los und die Brigade traf in der Hauptstadt Managua zusammen, um gemeinsam in das nördliche Matagalpa zu fahren geplant war, drei Wochen lang in der Gemeinde Pancasan mit der Partner\_innenorganisation MCM eine *casa comunal*, ein Gemeindeaktionszentrum, zu errichten. Doch das anvisierte Grundstück hatte die Gemeinde kurz zuvor einer alleinerziehenden Mutter zur Verfügung gestellt. Janett Castillo vom MCM reagierte schnell und unkompliziert – den enttäuschten Brigadist\_innen präsentierte sie mehrere Alternativen. Wir einigten uns darauf, zunächst eine Woche lang mit den Jugendlichen des MCM in der Gemeinde La Reyna einen *quiosco* zu bauen, um dann in den zwei folgenden Wochen den Bau einer *casa comunal* in El Bocón zu initiieren. Bevor der neue Plan in die Tat umgesetzt wurde, nutzten wir noch die Zeit in Matagalpa und führten unsere ersten Interviews. Noch voller Fragen löcherten wir die Aktivist\_innen der Vereinigung für integrale kommunale Entwicklung ADIC über das besagte Gesetz 779 und vieles mehr. Wir machten kurz darauf

auch die erste Erfahrung mit radikalen Mitteln, die die Straffreiheit von Sexualstraftäter\_innen anklagen. Im Stadtzentrum prangen an der „Mauer der Anklage“ des Frauenkollektivs Matagalpa CMM die Namen und Verbrechen wie „Vergewaltiger“ und „freigesprochener Femizid“ der Täter\_innen. Dies hatte auf jede\_n von uns eine große Wirkung. Somit war die Überraschung nicht mehr ganz so groß, als wir in dem feministischen Café, in dem wir mit leckeren Säften Kraft tankten, große knallgelbe Aufkleber zum Mitnehmen entdeckten. Deren Aufschrift: „Hier lebt ein Vergewaltiger“.

Für die Brigade ging es zunächst also in das Dorf La Reyna in der Gemeinde San Ramón. Der Bau eines *quiosco* – eines kleinen Treffpunkts für Jugendliche des Dorfes, an dem Getränke und Essen verkauft werden können, stand nun auf dem Plan. „Wir wollen hier Getränke und Essen verkaufen, um Geld für unsere Jugendgruppe zu verdienen“, erläutert die zwanzigjährige Ortsvorsitzende Johanna und freut sich über die spontane Unterstützung. Angelernt wurde die Brigade von dem Baumeister Lenin, der geduldig die Arbeitsschritte erklärte. Beton mischen, Steine waschen, Bambus schlagen und mit der Machete Bäume schälen traute er uns zu, während er die Konstruktion übernahm. Staunend lernten die Brigadist@s, wie aus einem Wasserschlauch eine Wasserwaage wird. Wir lernten aber nicht nur auf dem Bau viel Neues – langsam verstanden wir auch die Familienverhältnisse im Dorf. Plötzlich waren alleinerziehende Mütter und junge Eltern nicht mehr nur die Fakten aus Karinas Eingangsreferat. Am Mittagstisch wurde mit den Gastfamilien auch mal über Kindererziehung und Rollenaufteilungen diskutiert. Zum Thema Geschlechterverhältnisse konnten uns die Jugendlichen des MCM einiges erzählen. Johannas Energie und Fredmys T-Shirts und Capys mit Aufschriften wie „Es ist cool, kein Macho zu sein“ beeindruckten uns sehr.

Die Woche verging wie im Flug und zum Ende hin wurde es Zeit für unseren Workshop, dessen Konzept spontan an die begrenzte Zeit angepasst wurde. Nun sollte alles an einem Nachmittag stattfinden. Das spielerische Aufwärmen mit Theaterübungen sorgte in der Gruppe für gute Stimmung. Dann fanden sich die Theatergruppen zusammen. Einige der Gastmütter, unser Bauleiter Lenin und der MCM-Aktivist Freddy sowie viele Kinder ließen sich unterschiedlichste Szenen einfallen. Situationen, in denen Mädchen Fußball spielen wollten oder Hausfrauen keine Lust mehr hatten, ihren Ehemann zu bekochen, wurden mit zwei unterschiedlichen Lösungsvorschlägen vorgeführt. An der anschließenden Gruppendiskussion nahm auch die Lehrerin der Grundschule teil. Unser Eindruck war, dass es nicht nur Spaß gemacht, sondern auch unterschiedliche Gedanken angeregt hat. Die älteren und beim MCM

aktiven waren für die Thematik schon zuvor sensibilisiert. Es schien uns, dass es gut war, einen Raum zu schaffen, in dem über die eigenen Rollen und Handlungsmöglichkeiten konkret gesprochen werden konnte. Besonders eine Gastmutter teilte mit der Gruppe ihre bewegenden Erfahrungen. Leider blieb es aufgrund der begrenzten Zeit in La Reyna bei diesem einen Workshop. So bleibt für uns ungewiss, ob hierdurch weitere Debatten angestoßen wurden. Generell fragten wir uns nach einem emotionalen Abschied, wie es zu bewerten ist, dass wir für eine Woche das Leben einiger aufgewirbelt haben und dann wieder verschwunden sind. Eine Woche ist so kurz, dass sich kein stabiler Alltagszustand einpendeln kann.

Nach dieser eindrucksvollen ersten Woche stand nun der Bau der *casa comunal* in El Bocón an, einem kleinen Dorf in der Gemeinde San Isidro. Das MCM hatte inzwischen alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Das an einem Berghang abgechieden liegende Dorf wartete schon viele Jahre auf ein Gemeindeaktionszentrum. Entsprechend herzlich wurde die Brigade empfangen.

Wieder wurden die Brigadist@s von Familien aufgenommen, die in ihren Häusern zusammenrückten. In El Bocón durchschauten wir die Familienverhältnisse schneller. Bei Reis und Bohnen lernten wir die Familienverhältnisse und Rollenverteilungen mit der Zeit auch besser kennen. In unseren Gastfamilien trafen wir wieder selbstbewusste junge wie ältere Frauen, die selbst einen Hof führten oder trotz junger Mutterschaft ihre Ausbildung weiterführten. Bedauernd stellten wir fest, dass wir bis auf gelegentliches Tortilla backen wenig von der Hausarbeit mitbekamen. Wir witzelten, dass wir ein „typisches Männerleben“ führten: Tagsüber arbeiteten wir auf dem Bau, mittags und abends stand bereits der fertige Gallo Pinto, angebratener Reis mit Bohnen, auf dem Tisch.

Die Dynamik auf der Baustelle war ganz anders als in La Reyna. In den Pausen und nach Schulschluss hatten wir viel Spaß mit den Kindern. Egal ob Mädchen oder Junge packten die Kinder mit Feuereifer an. Da die Arbeit an der *casa comunal* kollektiv organisiert wurde, arbeiteten wir immer mit Männern und Jugendlichen aus der Gemeinde zusammen. Wie schon in La Reyna waren die Brigadistinnen meist die einzigen Frauen auf dem Bau, obwohl die Frauen durch andere Tätigkeiten durchaus harte Arbeit gewöhnt waren.

Mit den Jugendlichen kamen wir leider in El Bocón im Gegensatz zu La Reyna wenig in Kontakt. Abends auf dem Heimweg vom gemeinschaftlichen Kartenspielen, machten einige Brigadistinnen jedoch negative Erfahrungen mit dem in Nicaragua verbreiteten Hinterpfeifen und -rufen. Zu einem späteren Zeitpunkt während der Interviewreise fühlten sich eini-

ge von uns daran erinnert. Bei der Theatergruppe Hijas de la Luna in einem Wohnviertel Managuas erklärte uns eine vor Selbstbewusstsein strotzende Jugendliche, wie sie dank der Gruppe gelernt hat, sich solchen Belästigungen souverän entgegenzusetzen. Dank der Hijas de la Luna hat sie gelernt, dass sie Respekt verdient und einfordern kann. Ein verdutzter Mann hat sich bei ihr sogar einmal nachträglich entschuldigt, als sie ihn in einer Situation des Nachrufens dazu aufforderte, sie nicht wie ein sexuelles Objekt zu behandeln.

In El Bocón fühlten wir uns jedenfalls herzlich aufgenommen und auch unser Workshop wurde von etwa 30 Teilnehmenden interessiert angenommen. Diesmal beteiligten sich auch Männer. Die männlichen Jugendlichen zogen es jedoch vor, die Szene vom Zaun aus zu beobachten. Mit Aufwärmspielen konnten wir wieder ein tolles Gruppengefühl als Grundlage schaffen. Der erste Workshop hatte zum Ziel, in getrennten Altersgruppen Stereotypen und Rollen zu reflektieren. Einige von uns spürten ein gewisses Unwohlsein, die thematisierten Rollenbilder durch diese Methode auch zu reproduzieren. Die Diskussion unter den Erwachsenen im Anschluss verlief jedoch gut. Wieder war es vor allem ein Raum, um über diese Themen zu reden. Vor unserer Abfahrt führten wir in der zweiten Woche noch einen zweiten Workshop durch. Die Erwachsenen machten den Privilegiencheck und die Kinder bereiteten in Gruppen Theaterstücke vor. Es war nicht einfach, die Methoden mit denen das MCM noch nie gearbeitet hat, einzuführen. Dies machte sich vor allem in der Unsicherheit beim Privilegiencheck bemerkbar.

Auch in El Bocón waren Debatten über heteronormative Arbeitsteilung, Reproduktionsarbeit und

*Besuch bei der Theatergruppe Hijas de la Luna in Managua*





*Mauer der Anklage*

Frauenrechte bekannt und die Teilnehmenden tauschten ihre diesbezüglichen Beobachtungen und Positionen aus. Einige Ideen waren aber auch neu und regten dazu an, über die eigene Einstellung nachzudenken. So hatte ein Theaterstück zum Thema, dass ein Junge „Mädchenspiele“ toll fand und sich die Nägel lackierte. Ein Gastvater gestand, dass ihm die Vorstellung fremd schien, jedoch keinesfalls problematisch sei.

Bei den Reflexionen haben wir festgestellt, dass wir immer wieder auf bestimmte Themen gestoßen sind, zu denen es schon Bewusstsein gab und mit denen schon gearbeitet worden war. Sexuelle Diversität, Homosexuellenrechte und heteronormative Körpernormen schienen jedoch bislang nicht im Fokus zu stehen. Während unseres Aufenthalts wurde das Thema *Sexuelle Diversität* nur in der Hauptstadt Managua von Hijas de la Luna in Form eines Theaterstücks aufgegriffen, von dem wir alle begeistert waren. Umso mehr war es bei der Abschiedsfeier in El Bocón ein schönes Erlebnis, als auf einmal auch die Jugendlichen mit uns tanzten und im Laufe des Abends auch der klassische Tanz zwischen Frau und Mann aufgebrochen wurde.

Nach dreieinhalb Wochen Brigade waren wir also auch bezüglich unseres Schwerpunktthemas schon voller Eindrücke. Die kommenden zwei Wochen sollten wir auf einer anderen Ebene erst recht damit in Kontakt kommen. Während der Interviewreise hatten wir die Möglichkeit, mit einer Vielzahl von Frauenkooperativen, -kollektiven und sozialen Bewegungen in den Kontakt zu treten (s. nächster Artikel). Immer wieder wurden wir von tollen Organisationen, beeindruckenden Persönlichkeiten und spannenden Aktionen und Programmen überrascht. Motivation genug, das straffe Programm von insgesamt über zwanzig Interviews durchzuhalten. Wenn der Kopf Abstand brauchte, konnten sich Einzelne auch mal aus der zwölfköpfigen Brigadegruppe herausziehen. Es waren dann immer noch genug Kräfte

da, um Interviews vorzubereiten, zu moderieren und zu dolmetschen, damit auch diejenigen, die noch wenig Spanisch konnten, verstanden, wie die Situation von Frauen in Nicaragua ist und die sozialen Bewegungen zur Regierung Daniel Ortegas stehen.

Schon während der Reise merkten wir, dass unser selbstgewähltes straffes Programm auch seine Nachteile hatte. Oft blieb nicht genug Zeit, für inhaltliche Debatten innerhalb der Brigadegruppe. Die Erfahrung, über lange Zeit so intensiv mit einer Gruppe unterwegs zu sein, war nochmal ein anderer Aspekt der Brigade. So lernten alle von uns auf unterschiedlichen Ebenen von Tag zu Tag dazu.

Inspiziert für die eigene politische Arbeit und voller neuer Sichtweisen ging es nach sechs Wochen Brigade, früher oder später, zurück nach Deutschland. War es das? Nein, nach einiger Erholung machten sich alle an die Nachbereitungsprojekte. Die Radiosendung musste konzipiert und aufgenommen und Zeitungsartikel geschrieben werden (die Radiosendung ist auf [freie-radios.net](http://freie-radios.net) verfügbar). Zum „Bildungslabor Menschenrechte“ vom Informationsbüro Nicaragua steuerten wir den Baustein „Frauenrechte“ bei. Die Porträts aus Nicaragua mussten ausgearbeitet und die Methoden erprobt werden. Auch im Privaten oder an der Uni stellten einige die Brigade-Erlebnisse vor.

So waren bei unserem Nachbereitungswochenende im Dezember alle zurück in ihren Alltag gekehrt. Sarah meinte, die Brigade habe sie politisiert und begleitet sie in den Alltag.

Ein Ergebnis der Reflexion war, dass wir es zukünftig für sinnvoll empfinden, die Workshops vor Ort zusammen mit dem MCM auszuarbeiten. Dann kann inhaltlich noch besser an dem angesetzt werden, wozu sie arbeiten und gemeinsam überlegt werden, welche Methoden gut funktionieren.

Insgesamt sind durch die Brigade wohl alle in der Genderfrage sensibilisiert worden. Betroffen diskutierten wir einen in der Frankfurter Rundschau erschienen Artikel über Gewalt an Frauen in Deutschland, der anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen erschienen war. Viele (strukturelle) Probleme, die in Deutschland bestehen, erinnerten uns an das, was wir in Nicaragua gehört haben. Sei es nun anlässlich des Frauenkampftages am 8. März, bei Demonstrationen gegen patriarchale Strukturen oder in der Debatte um Reproduktionsarbeit: Wir schöpfen aus unseren Erfahrungen in Nicaragua.

<sup>1</sup> Beim Privilegiencheck erhalten alle eine kurze Rollenbeschreibung. Die Teamer\_innen stellen dann Fragen nach Möglichkeiten und Rechten, die die unterschiedlichen Privilegien dieser Rollen thematisieren. Einen Schritt nach vorne gehen darf nur, wer mit „Ja“ antworten kann. Am Ende gibt es ein anschauliches Bild der Ungleichverteilung von Privilegien, die anschließend diskutiert werden.



# Weg zu den Sternen

## Die feministische Bewegung Nicaraguas kämpft gegen das Patriarchat

Evelyn Linde

„Wir haben zwei große Monster in Nicaragua, die uns festhalten – das Patriarchat und die Religion.“ Im neu errichteten Seminarraum der Vereinigung für integrale kommunale Entwicklung ADIC spricht Maria Teresa Castilblanco gegen die Bauarbeiten im Innenhof an. Maria sieht in diesen Monstern die Hauptfeinde gegen ihre jahrelange Arbeit für die Rechte und die Gleichberechtigung der Frauen. Bei der Stadtteilarbeit von ADIC liegt der Fokus auf der Gleichstellung und dem Empowerment von Frauen. Das größte Problem der Frauen in Nicaragua sei die Gewalt, meint Blanca A. Herrera González, die Koordinator\_in von ADIC. Diese sei das Produkt des vorherrschenden Patriarchats und des Machismo. Und die Straflosigkeit der Täter\_innen ist weiterhin verbreitet. Das Frauenkollektiv Matagalpa CMM will das ändern. In großen Lettern prangen Männernamen an der Wand des Zentrums, das das Frauenkollektiv im Stadtzentrum Matagalpas, das im Nordwesten Nicaraguas liegt, eingerichtet hat. Den Namen der Männer sind Verbrechen wie „Vergewaltiger“, „unverantwortlicher Vater“ oder „freigesprochener Femizid“ beigefügt. Verbrechen, für die die Täter\_innen nicht bestraft wurden. Mit dieser „Mauer der Anklage“ will das Kollektiv auf das Ausmaß strafloser Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. In der Frauenbewegung wird immer wieder auf die Vergangenheit des Präsidenten Daniel Ortega hingewiesen: Seine Stieftochter Zoila América Narváz Murillo klagte ihn 1998 wegen Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch an. Aufgrund der politischen Immunität und Verjährung wurde Ortega nicht verurteilt.

Als großen Schritt vorwärts sieht ein Großteil der Frauenbewegung das im Januar 2012 verabschiedete Gesetz 779 zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Langjährige Forderungen wurden darin endlich festgeschrieben. „Das Gesetz 779 ist mit Abstand das beste Gesetz in Zentralamerika“, urteilt Luz Marina Tórrez Velasquez, die Koordinator\_in vom Frauenkollektiv 8. März. Das nach dem Internationalen Frauenkampftag benannte Kollektiv bemängelt aber zugleich, dass zur Umsetzung des Gesetzes kein ausreichender Etat eingerichtet wurde: „Sie geben uns das Gesetz, aber es taugt nichts.“ Zudem fürchtet Luz Marina, dass auf Druck konservativer Männer wichtige Teile des Gesetzes wieder gestrichen werden und die Mediation als Schlichtungsmöglichkeit wieder

eingeführt wird.

Zwei Monate nach dem Gesetz 779 wurde das neue Familiengesetz verabschiedet. Dieses spiegle die eigentliche Geschlechter- und Familienpolitik des Präsidenten Daniel Ortega von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront FSLN wider, so Luz Marina. Das Gesetz stelle unter anderem die zahlreichen alleinerziehenden Mütter schlechter und werde den diversen Familienverhältnissen im Land nicht gerecht. Vielmehr propagiere es ein klassisches Familienbild und stelle einen deutlichen Rückschritt in Bezug auf die Anerkennung sexueller Diversität dar. Dies trifft bei den Frauenkollektiven auf wenig Verwunderung. Denn bereits 2006 sicherte sich die FSLN durch einen Pakt mit der katholischen Kirche die Wiederwahl nach 16 Jahren neoliberaler Regierung. Der Pakt stellte den, bis dahin legalen, Schwangerschaftsabbruch aus medizinischer Indikation unter Strafe. Viele in der Frauenbewegung kämpfen seit-



„Gesucht wird: Vergewaltiger“ - die öffentlichen Proteste der Frauenbewegung in Matagalpa sind nicht ungefährlich

dem gegen das rigide Verbot. „Wir sind für das Recht auf Abtreibung aus medizinischer Indikation“, erklärt die Präsidentin von CIPRES, Zentrum für die Erforschung und soziale Entwicklung der ländlichen Regionen, Irma Ortega Sequeira.

CIPRES ist eine wichtige Institution für viele Kooperativen im Land, da sie diese bei ihrer Gründung und



*Viele der bei FEM organisierten Frauen sind mittlerweile Landbesitzerinnen*

Arbeit unterstützt. Teile der Regierungsprogramme zur ländlichen Entwicklung wie das Null-Hunger-Programm wurden von CIPRES entwickelt. Die Organisation verbindet in ihren Projekten jedoch die materielle Ausstattung mit fachlichen wie ideellen Fortbildungen. Dabei geben sie Frauen in ihren Programmen die Priorität, arbeiten jedoch gleichzeitig mit Männern. „Die Leute sagen, ja, gebt den Frauen Hühner, aber die Kuh? Das ist doch Angelegenheit der Männer“, erzählt Irma. „Wir befähigen Frauen dazu, die Kühe zu impfen, und lehren Männer, Hühner zu halten.“ In ihren Fortbildungen und durch die ökonomische Absicherung im Rahmen der Kooperativen fördert CIPRES das Selbstwertgefühl von Frauen und Männern. „Ein Mann mit hohem Selbstwertgefühl kauft seiner Frau Schminke, statt ihr die Augen mit der Faust zu färben“. Sie wollen erreichen, dass Männer die Erziehungs- und Hausarbeit als gemeinsame Verantwortung begreifen. Die Gleichstellung der Geschlechter soll sich nicht auf die Kooperativen beschränken, sondern auch im privaten Rahmen fortgesetzt werden.

Die Frauen vom Komitee der Landfrauen CMR in León sehen ebenfalls die Notwendigkeit, das Thema der Reproduktionsarbeit zu bearbeiten. „Oft hören wir die Frauen sagen: ‘Früher bin ich um drei Uhr in der Frühe aufgestanden, um zu euren Workshops gehen zu können’,“ berichtet Paty Siles, die seit 14 Jahren beim CMR arbeitet. Heute würden die Männer den Frauen vermehrt im Haushalt helfen, meint Olga Maria Espinoza, die das CMR vor 20 Jahren gegründet hat. Aber zu oft werde das von den Männern immer noch nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als ein Gefallen angesehen. „Es ist gar nicht einfach, die Geschlechterverhältnisse zu verändern, aber es ist jeden Tag ein Tropfen Wasser, der den Stein

höhlt“, sagt Olga.

Schwieriger ist es, einen Wandel in Hinblick auf Sexualität und die Bestimmung über den eigenen Körper zu erzielen, führt Olga fort. „Es gibt so viele Mythen über den Körper.“ Fortschritte sieht sie in der Familienplanung, da die Frauen inzwischen im Durchschnitt drei Kinder bekämen, statt fünf bis sieben. Olga meint, dass es nicht reicht, die Frauen mit ökonomischer Macht auszustatten. Wenn die Frau geschlagen wird und die gesamte Reproduktionsarbeit tätigt, kann sie kein Geschäft führen. Ähnliche Erfahrungen macht Irma von CIPRES: „Die Frauen gehen raus, um sich fortzubilden. Früher hieß es dann, wer wird auf meine Kinder aufpassen?“ Allerdings kämen immer noch selten Männer mit ihren Kindern.

Fortschritte konnten vor allem im öffentlichen Raum erzielt werden, im Privaten sehen sie eher bei den Kindern einen Mentalitätswandel. Es ist viel mehr Arbeit im Privaten von Nöten. Wenn es mehr Geld gäbe, würde Irma gerne mehr Fortbildungen mit Männern machen, so haben die Frauen Vorrang. Dies spiegelt ein generelles Problem der Frauenbewegung wieder: der Mangel an finanziellen Mitteln. Keine der erwähnten Organisationen erhält Mittel von Seiten des Staates. Projekte, die wenigen bezahlten Stellen und auch die Frauenhäuser des Kollektivs 8. März, finanzieren sich über internationale Geldgeber\_innen. Diese Abhängigkeit könnte für die Arbeit der Bewegungen das Ende bedeuten, wenn die Mittel wegfallen. So bekommen auch die sozialen Bewegungen die weltweite Wirtschaftskrise zu spüren. Daher fordern die Frauen vom Kollektiv 8. März, dass der Staat Mittel für Frauenhäuser bereitstellt. Auch Blanca von ADIC meint, dass eigentlich der Staat die Aufgaben übernehmen müsste, die

ADIC erfüllt, die Menschen über ihre Rechte aufklären, Projekte zur kommunalen Entwicklung durchführen. Aber die Regierungsprogramme hängen davon ab, wer gerade Repräsentant\_in ist und das sind meistens Männer. Dennoch: sie wollen mit ihrer Arbeit diejenigen erreichen, die an den Programmen der Regierung nicht teilhaben.

Andere Organisationen setzen ihren Schwerpunkt auf die politische Einflussnahme. Janett Castillo von der Kommunalen Bewegung Matagalpa MCM erklärt das Ziel, dass sie Menschen organisieren, damit diese für ihre Rechte eintreten und auf diesem Weg ihre Lebenssituation verbessern. In Matagalpa ist die Frauenbewegung besonders vielfältig und groß. Um bei öffentlichen Kampagnen geschlossener und geschützter aufzutreten, haben sich die verschiedenen Organisationen zu einem feministischen Netzwerk zusammengeschlossen.

Die Politik Ortegas brächte auf institutioneller Ebene einige Fortschritte. So wurden beispielsweise Frauenkommissariate eingerichtet. Grundsätzlich werden die Probleme jedoch nicht angegangen, weshalb die Institutionen ihre Wirkung oft nicht entfalten, kritisiert Janett. Und die Regierung trage zur Spaltung der feministischen Bewegung bei. Blanca ist dennoch optimistisch. Denn der Grad der Organisation nimmt zu: „Es ist ein wenig voran gegangen, aber wir kämpfen weiter.“

In Estelí trifft Diana Martínez, Gründer\_in der Foundation zwischen Frauen FEM mit einigen Kleinbäuer\_innen der Organisation zusammen. Der Regen prasselt auf das Dach, unter dem die Kleinbäuer\_innen stolz von ihren Erfahrungen mit der FEM erzählen. Estelí liegt in der Kaffeeanbauregion im bergigen Norden des Landes. Der Pilz Kaffeeroast, der sich in ganz Mittelamerika ausgebreitet hat, hat den Kleinbäuer\_innen dieses Jahr die Hälfte der Ernte zerstört. Aber es gebe hier noch einen anderen Pilz als den, der ihre Kaffeenernten zerstört. „Den politischen Pilz“, schimpft Diana: Daniel Ortega und seine Ehefrau Rosario Murillo, die als Nachfolger\_in gehandelt wird, seien der Pilz. Auch Diana teilt die in der Frauenbewegung verbreitete kritische Haltung gegenüber der Regierung, die auf ihren rosa Wahlplakaten mit dem Slogan „Cristiana, Socialista, Solidaria!“ – „Christlich, sozialistisch, solidarisch!“ wirbt. Die FEM ist ein seit 1996 existierender Zusammenschluss von rund 250 Kleinproduzent\_innen in sechs Kooperativen in der Region um Estelí. Vor einem Jahr haben sie die „Zentrale der multisektoralen Kooperativen von ländlichen feministischen umweltbewussten Frauen ‘Die Göttinnen’“, kurz Las Diosas, gegründet. Die FEM stärkt ihre Frauen auf ideologischer, ökonomischer und organisatorischer Ebene. Die in der FEM organisierten Kleinproduzent\_innen stehen für eine Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts, in der sie ihre sexuellen

und reproduktiven Rechte ausüben und frei am öffentlichen Leben teilnehmen können, erklärt die Aktivist\_in Isabella Mesa. „Aus dieser Perspektive gehört zur Ernährungssouveränität, dass wir über eigene ökonomische Mittel verfügen und auch über große Dinge entscheiden können. Auch, dass wir ein politisches Bewusstsein haben und an wichtigen Entscheidungen teilhaben können.“ Im Frühjahr dieses Jahres hat die FEM eine „Abteilung für Maskulinität“ ins Leben gerufen, um im Kampf gegen das Patriarchat und den Machismo gemeinsam mit Männern eine neue Maskulinität zu konstruieren. „Eine Bewusstmachung und Sensibilisierung dafür, wie die machistische Männlichkeit konstruiert wird, ist wichtig für einen Wandel“, meint der für die Abteilung verantwortliche Hamlet Ramírez. Im Rahmen einer Workshopreihe arbeitete er mit jungen Männern die eigenen Rollenvorstellungen auf. Er selbst habe bis zu seinem 30. Lebensjahr nicht darüber nachgedacht, was es bedeute, im Patriarchat Macht zu besitzen. Genauso müsse über Homophobie gesprochen werden.

Sehen die Frauen bei ADIC zwei Monster in Nicaragua am Werk, so identifizieren die Frauen von FEM ihrer drei: die Kirche, der Staat und die Ehemänner, dies sei das „Dreieck des Bösen“. Dagegen setzen die Frauen ihren Kampf. „Wir spürten, dass wir mit den Füßen nicht voran kamen, bis wir entdeckt haben, dass wir Flügel haben und versucht haben, sie zu öffnen“, erklärt Diana. Die verschiedenen Organisationen eint dabei vor allem der Wille und die Tatkraft, die Bedingungen emanzipatorisch zu verändern. „Wir haben die Sterne nicht erobert, aber wir sind auf dem Weg“, meint Irma.

Namen der besuchten Organisationen und Personen

- ADIC - Asociación para el Desarrollo Integral Comunitario: Assoziation für integrale kommunale Entwicklung. Maria Teresa Castilblanco, Blanca A. Herrera González
- CMM - Colectivo de Mujeres Matagalpa: Frauenkollektiv Matagalpa
- CMR Comité de Mujeres Rurales - Komitee der Landfrauen. Olga María Espinoza, Paty Siles
- Colectivo de Mujeres 8 de Marzo - Frauenkollektiv 8. März/ Kollektiv 8. März. Luz Marina Tórrez Velasquez
- MCM Movimiento - Communal Nicaragüense – Matagalpa: Kommunale Bewegung Matagalpa, Janett Castillo
- CIPRES - Centro para la Promoción, la Investigación y el Desarrollo Rural Social: Zentrum für die Erforschung und soziale Entwicklung der ländlichen Regionen. Präsidentin der Organisation: Irma Ortega Sequeira
- FEM - Fundación Entre Mujeres: Foundation zwischen Frauen. Isabella Mesa, Diana Martínez (Gründerin), Hamlet Ramírez (Verantwortlicher der Abteilung für Männlichkeit)

*Dieser Artikel erschien bereits in*

*ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 588 / 19.11.2013*

*Lateinamerika Nachrichten Nummer 474 - Dezember 2013*

# Der große interozeanische Kanal Nicaraguas

*Im Juni 2013 vergab die nicaraguanische Regierung an das chinesische Unternehmen Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co (HKND) die Konzession zum Bau des großen interozeanischen Kanals<sup>1</sup> zwischen Atlantik und Pazifik. Für die Regierung scheint damit ein Traum in Erfüllung zu gehen, für viele andere ist es der Beginn eines Albtraums.*

(ea) Den Traum, einen Kanal quer durch das Land zu bauen, gibt es seit der Zeit der spanischen Conquista. Seither haben sich in- und ausländische Eliten aus Wirtschaft und Politik immer wieder damit befasst, aber das öffentliche Interesse erlahmte mit der Zeit, denn mehr als Ideen entstand nie. So war die Resonanz auch gering, als sich im Laufe des Jahres 2012 die Regierung Ortega immer konkreter mit dem Thema beschäftigte. Sie brachte ein Gesetz ein, das für den „großen interozeanischen Kanal Nicaraguas“ einen rechtlichen und institutionellen Rahmen schuf. Das Gesetz wurde von der Nationalversammlung verabschiedet und man spekulierte, dass das Vorhaben mindestens 30 Milliarden US-Dollar kosten würde. Da völlig unklar war, woher das Geld kommen sollte, waren die Reaktionen sehr zurückhaltend.

Ein Jahr lang blieb es still um das Projekt. Dann ging alles plötzlich sehr schnell. Im Mai 2013 erwähnte Ortega erstmals in einer Rede, dass ein chinesisches Unternehmen mit Sitz in Hong Kong die Möglichkeit des Baus eines Kanals durch den Nicaraguasee prüfen würde. Genauer erfuh die Öffentlichkeit am 5. Juni. An dem Tag präsentierte die Regierung in der Nationalversammlung den Dringlichkeitsantrag für eine Gesetzesinitiative für einen Rahmenvertrag mit dem Unternehmen Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co (HKND)<sup>2</sup>. Die Beratung des Parlaments dauerte nur wenige Stunden, Anhörungen, z. B. von Umweltschutzorganisationen, gab es nicht. Zwei Tage später wurde das Gesetz 840 verabschiedet. Die Diskussion über die Realisierung des Jahrhundertprojektes „interozeanischer Kanal“ konnte praktisch erst beginnen, nachdem alles schon entschieden war. Und zu diskutieren gibt es wirklich genug. Dabei lassen sich vier Diskussionsstränge ausmachen: Wie sieht das Projekt eigentlich konkret aus? Ist der geplante Kanalbau überhaupt realistisch? Mit welchen Problemen muss das Land bei solch einem Riesenprojekt rechnen? Wer verfolgt hier welche Interessen?

## Traum oder Albtraum

Auszüge aus der Rede Daniel Ortegas am 15. Juni 2013 anlässlich der Vertragsunterzeichnung mit HKND: „Ein Projekt, das heute aufhört, ein Projekt zu sein und zur Verpflichtung geworden ist, die wir zur Wirklichkeit machen werden für (Augusto C.) Sandino, (...), für (den Dichter Rubén) Dario und für das nicaraguanische Volk, das durch die Wüste gewandert ist auf der Suche nach dem gelobten Land ... Und der Tag ist gekommen, die Stunde ist gekommen, in der das gelobte Land erreicht ist.“<sup>1</sup>

Aus einem Artikel des Soziologen Manuel Ortega Hegg in der Zeitschrift *envio*:

„Das Land wird von einem riesigen, einen halben Kilometer breiten Graben zerschnitten werden, das Staatsgebiet in zwei geteilt und seine politische administrative Gliederung, so wie wir sie heute kennen, wird sich komplett ändern.“ Ortega Hegg sieht sich vor der Frage: Wollen wir „einen Kanal auf Kosten der Verfassung, der Gesetze, der Teilung des Landes, auf Kosten des (Nicaragua-)Sees, der Autonomie der Atlantikküste und stärkerer sozialer Polarisierung?“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> [http://www.eldiario.es/economia/Ortega-empresa-acuerdo-construir-nicaragua\\_0\\_143485673.html](http://www.eldiario.es/economia/Ortega-empresa-acuerdo-construir-nicaragua_0_143485673.html)

<sup>2</sup> *Envio* Nr. 379 Oktober 2013 „No es aceptable la idea de hacer el Canal a cualquier costo“ <http://www.envio.org.ni/articulo/4754>

### Wie sieht das Projekt konkret aus?

Dies war die erste Frage, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, nachdem das Gesetz 840 im Schnelldurchgang beschlossen worden war. Dazu ist bisher nur das bekannt, was im Gesetz und in dem Konzessionsvertrag<sup>3</sup> steht, und das ist recht allgemein gehalten. Demnach umfasst das Projekt einen Kanal, eine Eisenbahnlinie, eine Ölpipeline, zwei Hochseehäfen und einen internationalen Flughafen. In der Nähe der Häfen am Pazifik und an der Karibik soll jeweils eine freie Produktionszone (Maquila) angesiedelt werden. Nicht bekannt ist bisher, wo genau der Kanal verlaufen soll, nur dass vier Routen zur Auswahl stehen, die alle durch den Nicaraguasee führen sollen.

Zu den geplanten Abmessungen des Kanals hat sich inzwischen Wang Jing, der Eigentümer des Unternehmens HKND, geäußert: 520 Meter breit, 27,6 Meter tief und 286 Kilometer lang soll der Kanal werden, das heißt mehr als dreimal so lang wie der Panamakanal. Schiffe mit 400.000 Tonnen Ladekapazität sollen hier verkehren können.<sup>4</sup> Wenn man diese Werte mit den Abmessungen des Panamakanals vergleicht, wird klar, wie gigantisch hier geplant wird. Im Augenblick ist der Panamakanal nur für Schiffe der so genannten Panamax-Klasse befahrbar, die ein maximales Ladegewicht von 100.000 Tonnen haben<sup>5</sup>. Um die Abmessungen des Nicaraguakanals einschätzen zu können, hilft ein Blick auf die augenblicklichen Erweiterungsarbeiten am Panamakanal. Die Schleusen, die dort gebaut werden, können nur Schiffe von maximal 49 Meter Breite und 15,2 Meter Tiefgang passieren.

Aber nicht nur die Abmessungen des Nicaraguakanals sollen gigantisch werden, auch die zeitlichen Dimensionen des Projektes sind riesig. Die Konzession, die an HKND für Bau und Betrieb vergeben wurde, beläuft sich auf 50 Jahre ab Inbetriebnahme und kann von HKND um weitere 50 Jahre verlängert werden. Wenn der Baubeginn Ende 2014 und die Bauzeit, sechs Jahre, eingehalten werden, kann die Konzession bis zum Jahr 2121 laufen. Nicht nur dieser Zeitraum von maximal 100 Jahren erinnert an die USA und den Panamakanal, auch andere Vertragsbedingungen erinnern an die schlimmsten Zeiten des Imperialismus. Dafür, dass sich HKND verpflichtet, 40 Milliarden US-Dollar zu investieren, darf das Unternehmen praktisch alles: Enteignungen erzwingen, selbst Konzessionen vergeben, Anteile verkaufen, im Streitfall kann HKND nicht von nationalen Gerichten belangt werden<sup>6</sup> und natürlich muss das Unternehmen keine Steuern zahlen. Zur Enteignung legt Artikel 12 des Gesetzes 840 fest, dass es im öffentlichen Interesse ist, dass jedes Grundstück enteignet



werden kann, wenn HKND dies für nötig hält. Das gilt ausdrücklich auch für die indigenen Gemeinden der Karibikküste, deren Gemeindegut von der Verfassung besonders geschützt ist. Diesem besonderen Schutz wird anscheinend dadurch Rechnung getragen, dass man den Gemeinden das Recht zugesteht, über einen Antrag auf Enteignung informiert und angehört zu werden. Artikel 12 (c) legt dazu aber fest, dass das Recht auf Anhörung sieben Tagen nach der Information automatisch erlischt.

Damit in den 100 Jahren, um die es bei dem Projekt geht, auch wirklich nichts Unvorhergesehenes in der nicaraguanischen Politik passieren kann, ist im Gesetz festgelegt, dass es nur mit einer Mehrheit von 60 Prozent geändert werden kann. Dazu musste aber erst noch die Verfassung geändert werden, die so etwas nicht vorsah. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, die dazu führten, dass beim Obersten Gerichtshof eine Flut von Verfassungsbeschwerden einging, die inzwischen aber alle abgewiesen wurden.

*Mögliche Route des Kanals*

### Ist der geplante Kanalbau überhaupt realistisch?

Diese Frage entzündete sich zuerst an dem Unternehmen HKND und der Person des Alleineigentümers Wang Jing. Beide waren fast unbekannt. Die Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co hatte Wang Jing eigens für dieses Projekt gegründet. Bis dahin war Wang Jing nur als Leiter eines weltweit agierenden Telekommunikationsunternehmens bekannt gewesen. Von verschiede-



Die Insel Ometepe  
im Nicaraguasee

nen Seiten wurde deshalb gefragt, ob unter diesen Bedingungen das Kanalbauprojekt überhaupt ernst zu nehmen sei. So unbekannt wie die Person Wang Jing, so seltsam war auch die Vorgehensweise bei der Konzessionsvergabe. Bei Projekten dieser Größenordnung ist es eigentlich üblich, dass zuerst entsprechende Studien in Auftrag gegeben werden und wenn deren Ergebnisse Machbarkeit und Umweltverträglichkeit bestätigen, dann wird eine Konzession vergeben. Hier war es umgekehrt. Erst nach der Konzessionsvergabe beauftragte HKND die US-amerikanischen Consulting-Firmen McKinsey und McLarty und das chinesische Staatsunternehmen China Railway Construction Corporation mit einer Machbarkeitsstudie. Auch die Umweltverträglichkeit des Kanalprojektes wird inzwischen untersucht. HKND hat dazu die britische Beratungsfirma Environmental Resources Management (ERM) beauftragt. Interessanter als das Rätselraten um die Person des Unternehmers Wang Jing sind die Diskussionen über den internationalen Hintergrund dieses Projektes. Es geht um die weltweite Ausweitung des Handels und die immer größere Bedeutung von China. Sicher ist, dass diese Entwicklung auch das Kanalprojekt in Nicaragua antreibt. Aber nicht nur in Nicaragua hat man die Idee, einen Kanal zu bauen. In ganz Mittelamerika ist anscheinend das Kanalfieber ausgebrochen. Von Mexiko bis Kolumbien sollen bis 2028 sechs Kanäle zwischen dem Pazifik und der Karibik entstehen. Dabei geht es aber nur in Nicaragua um einen echten Kanal, bei den anderen Projekten handelt es sich um so genannte trockene Kanäle. Das sind Eisenbahnstrecken und/oder mehrspurige Straßen in Verbindung mit Öl- und Gaspipelines, die in den Ausformungen sehr verschieden sind, aber gemeinsam haben, dass sie wesentlich billiger sind als

ein echter Kanal und alle mit chinesischem Kapital in Verbindung stehen. Die Kosten der trockenen Kanäle werden auf sechs bis neun Milliarden US-Dollar geschätzt, was Zweifel aufkommen lässt, ob der so viel teurere Kanal durch Nicaragua jemals gebaut werden wird. Zumal in dem Zeitraum von bis zu hundert Jahren auch noch eine weitere Konkurrenz entstehen könnte, die Öffnung der Nordwest-Passage, einer wesentlich kürzeren Schiffsverbindung mit Ostasien durch die kanadische Arktis. Es gibt Wissenschaftler\_innen, die inzwischen damit rechnen, dass bei unvermindert anhaltendem Klimawandel ab 2050 die Strecke in den Sommermonaten befahrbar sein wird.

### **Mit welchen Problemen muss Nicaragua bei solch einem Riesenprojekt rechnen?**

Wenn das Projekt aber trotz allem in Angriff genommen wird, dann ist klar, dass damit erhebliche Probleme auf Nicaragua zukommen. Um einen Eindruck davon zu bekommen, hilft es, sich wie Manuel Ortega Hegg (siehe Kasten S. 12) ein Bild von der Zukunft zu machen, in der „das Land von einem riesigen, einen halben Kilometer breiten Graben zerschnitten“ sein wird. Man kann sich dazu noch Brücken vorstellen. Die müssten dann aber 100 Meter hoch sein und mehr als zwei oder drei darf man sich für die gesamte Länge des Kanals realistischerweise nicht vorstellen. Aber Probleme, die die Überquerung des Kanals bringen werden, sind nichts im Vergleich zu den zu erwartenden Umweltproblemen. Die stehen daher auch im Zentrum der Kritik. Die Umweltverträglichkeit des Kanalprojektes wird zwar

von der britischen Firma ERM untersucht. Aber was kann das helfen, wenn die Konzessionsvereinbarung den Investor\_innen auch im Umweltbereich alle erdenklichen Freiheiten zugesteht. Die nicaraguansische Regierung garantiert HKND in dem Abkommen „Zugang und das Recht zur Schifffahrt auf Flüssen, Seen, Meeren und allen anderen Gewässern Nicaraguas und das Recht, die Gewässer zu erweitern, auszubaggern, umzuleiten oder zu verkleinern“. In einer Ergänzung wird präzisiert, dass dies bei Bedarf auch „geschützte Wasserressourcen“ betrifft. Bei so viel Freiheit muss man das Schlimmste befürchten, wenn man an die Zukunft der größten Reichtümer Nicaraguas, der genetischen Vielfalt bei Pflanzen und Tieren, denkt. Umweltzerstörung, Schädigung von Flora und Fauna allein durch die riesigen Bewegungen von Erdmassen und der große Geländeverbrauch sind überhaupt nicht zu vermeiden. Das wichtigste Projekt zum Schutz der Biodiversität in Zentralamerika, der mittelamerikanische biologische Korridor (Corredor Biológico Mesoamericano) wird vom Kanal unterbrochen und damit zerstört werden. Die allergrößten Sorgen macht umweltinteressierten Menschen aber der Nicaraguasee. Man kann annehmen, dass sich eine technisch zufriedenstellende Lösung dafür finden lässt, dass Schiffe mit einem Tiefgang von 28 Meter den im Schnitt 10 Meter tiefen See durchqueren können. Dann bleibt aber immer noch die Frage, wie die Trinkwasserqualität erhalten werden soll. Mit der Schleusung der riesigen Schiffe wird mit Sicherheit der Salzgehalt im See steigen, und dass manche Schiffe Altöl verlieren, kann man nicht ganz ausschließen. Aber die Vorstellung, dass der für die Trinkwasserversorgung des Landes unersetzliche See in Zukunft täglich von riesigen Öltankern befahren werden soll, lässt einen schauern. Was soll geschehen, wenn es trotz aller Vorsicht doch zu einem Tankerunfall kommt?

Eigentlich ist die Gesetzeslage klar. Im Gesetz 620, dem allgemeinen nationalen Wassergesetz<sup>7</sup>, ist der besondere Schutz des Nicaraguasees verankert. Dort ist zu lesen: „Dieser See muss als natürliche Trinkwasserreserve betrachtet werden, was von höchstem Interesse ist und nationale Priorität für die nationale Sicherheit hat, ...“ Aber was heißt das schon, wenn es um 40 Milliarden US-Dollar geht. Im Gesetz 840 wurde einfach eine salvatorische Klausel<sup>8</sup> eingebaut, die praktisch alles, was bisher in Nicaragua Gesetz war, bei Bedarf außer Kraft setzt. Bisher spielten bei der Kritik an dem geplanten Kanal die Befürchtungen vor unkalkulierbaren Umweltschäden die größte Rolle. Vom Centro Humboldt, der wichtigsten Nichtregierungsorganisation Nicaraguas, die sich mit Umweltschutz beschäftigt, bis hin zu Jaime Incer Barquero, dem Berater von Präsident Ortega für Umweltfragen, kamen besorgte Einwände.

## Wer verfolgt hier welche Interessen?

Bei ihrer Entscheidung für den Bau des Kanals hat die nicaraguansische Regierung sicherlich an die Einnahmen aus dem Panamakanal gedacht. Im Augenblick, also noch vor der Kanalerweiterung, fließen in Panama aus den Kanalgebühren jährlich rund eine Milliarde US-Dollar in den Staatshaushalt. Für nicaraguansische Verhältnisse wäre dies ein enormer Betrag. Er entspricht ungefähr zwei Drittel des gesamten Haushalts<sup>9</sup> und die Regierung könnte damit das Land total verändern. Aber im Gesetz 840 ist nur festgelegt, dass ab Betriebsbeginn HKND zehn Jahre lang 10 Millionen US-Dollar an Nicaragua zahlen muss und dass ab diesem Zeitpunkt jedes Jahr ein Prozent des Aktienkapitals in den Besitz des nicaraguansischen Staat übergehen muss. Dadurch werden die Einnahmen des Staates aus den Kanalgebühren allmählich steigen. Aber an Einnahmen, wie sie heu-



te in Panamas Staatskasse fließen, ist erst in ferner Zukunft zu denken, das heißt frühestens nach Ablauf von 51 Jahren, dann, wenn die nicaraguansische Regierung in der Kanalgesellschaft eine Mehrheit haben wird. Die Regierung rechnet unabhängig von den zukünftigen Kanaleinnahmen ab dem Beginn der Kanalbauarbeiten mit einem sofortigen Anstieg des Wirtschaftswachstums und dem Anstieg der formalen Beschäftigung. Wenn wie geplant innerhalb von fünf Jahren 40 Milliarden US-Dollar investiert werden, dann wird das sicherlich enorme wirtschaftliche Konsequenzen haben. Aber die Vorstellung der Regierung, dass sich dadurch die Zahl der formal Beschäftigten verdreifacht, wird sicherlich ein Traum bleiben.

Über die Interessen des chinesischen Partners Wang Jing wurde viel spekuliert. Da er relativ unbekannt war, vermutete man, dass er die Interessen der chi-

*Daniel Ortega und Wang Jing bei der Unterzeichnung des Rahmenvertrages  
Quelle: La Voz del Sandinismo*

nesischen Regierung repräsentiert. Seit das chinesische Staatsunternehmen China Railway Construction Corporation an dem Projekt beteiligt ist, erhielten solche Spekulationen weiteren Auftrieb. Die Regierung würde mittels der Person Wang Jing geostrategische Interessen verfolgen und sich auf diese Art eine nicht von den USA kontrollierte Alternative zum Panamakanal verschaffen. Aber Wang Jing bestreitet jede Verbindung zur chinesischen Regierung. Meinungsumfragen zeigen eine ambivalente Einstellung der Bevölkerung zu dem Kanalprojekt. Einerseits gibt es große Erwartungen, denn 41 Prozent glauben, dass der Kanal „dem Volk“ zugute kommen wird, andererseits gibt es auch viele Befürchtungen. So sind 53 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass das Kanalprojekt der Umwelt schaden wird.<sup>10</sup> Im Augenblick ist die größte Hoffnung, dass die Skeptiker\_innen Recht behalten und der Bau gar nicht erst begonnen wird. Damit wäre aber der Spuk nicht verschwunden, denn der Konzessionsvertrag ist so gestaltet, dass der trockene Kanal, das heißt Eisenbahnlinie, Ölpipeline, Häfen und Maquilas, dann immer noch gebaut werden könne. Bisher steht die nicaraguanische Regierung aber fest zu dem Kanalprojekt. Am 10. Januar 2014 wurde ein von Präsident Ortega und Wang Jing unterzeichnetes Dokument mit der Bestätigung veröffentlicht<sup>11</sup>, dass die Bauarbeiten wie vorgesehen im Dezember 2014 beginnen werden. Die ausstehenden Machbarkeits- und Umweltverträglichkeitsstudien, von deren positiven Ergebnis offiziell der Baubeginn abhängig gemacht wird, wurden in dem Dokument noch nicht einmal erwähnt.

<sup>1</sup> Dies ist die offizielle Bezeichnung des geplanten Kanals: Gran Canal Interoceánico de Nicaragua

<sup>2</sup> Ley 840 Ley Especial para el Desarrollo de Infraestructura y Transporte Nicaragüense Atingente a El Canal, Zonas de

Libre. Comercio e Infraestructuras Asociadas; <http://www.mem.gob.ni/media/LEY%20840%20Ley%20EspecialLey%20840%20Ley%20Especial%20para%20el%20Desarrollo%20de%20Infraestructura%20Gran%20Canal.pdf>

<sup>3</sup> Acuerdo Marco de Concesión e Implementación (MCA); [http://www.radiolaprimerisima.com/files/doc/1371055479\\_Canal%20Acuerdo%20Marco.pdf](http://www.radiolaprimerisima.com/files/doc/1371055479_Canal%20Acuerdo%20Marco.pdf)

<sup>4</sup> La Prensa 29. Juni 2013; <http://www.laprensa.com.ni/2013/06/29/activos/152658-no-cesan-dudas-gran>

<sup>5</sup> Massengutfrachter Panamax Bulk Carrier; <http://de.wikipedia.org/wiki/Massengutfrachter>

<sup>6</sup> In dem Konzessionsvertrag ist festgelegt, dass Streitfälle ausschließlich von internationalen Schiedsgerichten gelöst werden können.

<sup>7</sup> Ley General de Aguas Nacionales; [http://legislacion.asamblea.gob.ni/Normaweb.nsf/%28\\$All%29/COC1931F74480A55062573760075BD4B](http://legislacion.asamblea.gob.ni/Normaweb.nsf/%28$All%29/COC1931F74480A55062573760075BD4B)

<sup>8</sup> Die salvatorische Klausel, also „eine Vertragsklausel, die bestimmt, dass der Vertrag im Ganzen gültig bleiben soll, wenn einzelne Regelungen im Vertrag ganz oder teilweise ungültig sind“ ([http://www.rechtslexikon-online.de/Salvatorische\\_Klausel.html](http://www.rechtslexikon-online.de/Salvatorische_Klausel.html)) findet sich im Gesetz 840 im Artikel 24: Änderungen und Aufhebungen.

„Dieses Gesetz ändert und hebt jedes Gesetz oder Verordnung und jede andere gesetzliche Regelung, Verordnung oder Anordnung jeder Regierungsstelle auf, wenn sich diese ausdrücklich oder implizit dem Gesetz widersetzt oder wenn diese mit den Grundsätzen des MCA nicht übereinstimmen.“

<sup>9</sup> Nicaraguas Steuereinnahmen betragen 2012 1,6 Milliarden US-Dollar (36,6 Millionen Cordoba bei einem mittleren offiziellen Wechselkurs von 23,5 Cordoba /1 US-Dollar); Jahresbericht der Zentralbank 2012 [http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/periodicidad/anual/informe\\_anual/informe\\_anual\\_2012.pdf](http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/periodicidad/anual/informe_anual/informe_anual_2012.pdf)

<sup>10</sup> El Nuevo Diario vom 1. Februar 2014; <http://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/309658-41-crecque-canal-beneficiara-al-pueblo>

<sup>11</sup> Nicaragua y HKND Group ratifican Calendario de Trabajo de Obras del Gran Canal; <http://www.el19digital.com/index.php/noticias/ver/15641/nicaragua-y-hknd-group-ratifican-calendario-de-trabajo-de-obras-del-gran-canal>



Autonomie der indigenen Gemeinden nur auf dem Papier



Interview mit **Sául Baños** – Rechtsanwalt und Mitarbeiter der salvadorianischen Menschenrechtsorganisation FESPAD

# Das historische Gedächtnis El Salvadors ist in Gefahr

Andrea Lammers

*Unterliegt die katholische Kirche dem Druck ehemaliger Täter, die um ihre bisher garantierte Straffreiheit bangen?*

Für die überlebenden Opfer aus dem Bürgerkrieg und die Familienangehörigen Tausender von Toten war das Rechtshilfebüro des Erzbistums von San Salvador, die *Oficina de Tutela Legal*, ein sicherer und nahezu geheiligter Ort. Bis zum 30. September 2013. An diesem Tag schloss Erzbischof José Luis Escobar Alas das 1982 gegründete Büro plötzlich. Die zwölf Mitarbeiter\_innen durften die Räume im Inneren des erzbischöflichen Ordinariats nicht mehr betreten und bekamen ihre Kündigung ausgehändigt. Im einzigartigen Archiv der *Tutela Legal* lagern etwa 50.000 Akten mit Dokumenten und Aussagen von Zeug\_innen – darunter viele, die sich auf die 227 Massaker an Zivilisten beziehen, die während des Krieges 1980 bis 1992 überwiegend von Armee und Todesschwadronen begangen wurden. Die Ankündigung des Erzbischofs, das Büro werde im Januar 2014 unter dem Namen *Tutela de Derechos Humanos* (Rechtshilfebüro für Menschenrechte) und der Leitung des Jesuitenpaters Luis Alonso Coto neu eröffnet, lässt viele Fragen offen. *QUETZAL* sprach im November 2013 mit Sául Baños von der salvadorianischen Menschenrechtsorganisation FESPAD über die möglichen Hintergründe der Schließung der historischen *Tutela Legal*.

*Bischof Escobar Alas sprach zunächst davon, Tutela Legal sei nicht mehr nötig, weil ihre Ziele erreicht seien. Zwei Tage später änderte er seine Version und behauptete, das Büro werde nur neu organisiert. Später sagte er der Internetzeitschrift El Faro, es habe „Unregelmäßigkeiten, Korruption und eine Zweckentfremdung der Arbeit“ gegeben, ohne das aber zu belegen oder gar juristische Schritte einzuleiten. Was ist denn der wirkliche Hintergrund für die Schließung der Tutela Legal?*

Eine Vermutung ist, dass Bischof Escobar Alas naiverweise wirklich angenommen hat, Tutela Legal sei

*Sául Antonio Baños Aguilar ist Rechtsanwalt und langjähriger Mitarbeiter der Studienstiftung für angewandtes Recht (Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho – FESPAD), einer renommierten Menschenrechtsorganisation in San Salvador. Er leitet dort die Abteilung für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Umweltrechte. Im November 2013 referierte Sául Baños auf einer vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. organisierten Rundreise zum Thema „Assoziierungsabkommen Europa – Zentralamerika“. Aufgrund der aktuellen Ereignisse und seiner persönlichen Kenntnis der Tutela Legal willigte er in ein Interview zu diesem Thema ein.*

nicht länger nötig. Aber das ist eine ziemlich schwache Annahme. Die zweite Hypothese ist, dass der Bischof unter Druck gesetzt wurde. Und zwar von mächtigen Leuten, die eine Strafverfolgung fürchten, falls das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1993 für verfassungswidrig erklärt wird. Das wird deshalb für

*Demonstration vom 16. Januar 2014  
Ein Fluss der Erinnerung für Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die Opfer*





möglich gehalten, weil am 20. September 2013 die entsprechende Klage einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern von der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes zugelassen wurde. Es kann natürlich auch sein, dass das Amnestiegesetz bestehen bleibt, das wissen wir nicht. Eine weitere Hypothese besagt, dass es bei der Schließung von Tutela Legal darum geht, dem Image des Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei FMLN, Salvador Sánchez Cerén, zu schaden. [1] Ich halte aber die zweite Hypothese für am plausibelsten.

*Aber immerhin hat Sánchez Cerén sich doch erst kürzlich auch für die Beibehaltung des Amnestiegesetzes für Verbrechen aus der Zeit des bewaffneten Konfliktes ausgesprochen.*

Die FMLN hat sich zu dem Thema nicht offen geäußert. Ich sehe es so, dass jetzt im Wahlkampf alle möglichen Interpretationen in die Welt gesetzt werden und dass irgend etwas, was Sánchez Cerén gesagt haben mag, aus dem Zusammenhang gerissen und von den konservativen Medien entsprechend interpretiert wurde.

*Welche Haltung hat denn FESPAD zu dem Thema?*

Wir als FESPAD haben mit vorangetrieben, dass das Amnestiegesetz als verfassungswidrig erklärt werden soll. María Silvia Guillén, die Direktorin von FESPAD, gehört zur Gruppe der Kläger. Seit das Amnestiegesetz 1993 verabschiedet wurde, haben wir die Auffassung vertreten, dass es verfassungswidrig ist und abgeschafft werden muss, damit den Leuten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, der Prozess gemacht werden kann. Solange das nicht der Fall ist, gibt es in El Salvador keine Versöhnung, keine Wahrheit, keinen Frieden.

*„Solange das Amnestiegesetz gilt, gibt es in El Salvador keine Versöhnung, keine Wahrheit, keinen Frieden.“*

*Nach internationalem Recht können aber Verbrechen gegen die Menschlichkeit doch ohnehin nicht amnestiert werden, Gesetz hin oder her. So verstehe ich zumindest auch die Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofes, der El Salvador verpflichtet hat, das Massaker von El Mozote [2] zu untersuchen*

*und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.* Für uns besteht da aber durchaus ein internes, verfassungsrechtliches Problem. Das Amnestiegesetz ist nämlich ein nachrangiges Gesetz. Deshalb folgt die Argumentation vor der Verfassungskammer genau dieser Linie: Das Amnestiegesetz verletzt die Prinzipien der Verfassung und muss außer Kraft gesetzt werden. Erwähnenswert ist allerdings, warum es jetzt überhaupt möglich wurde, darüber vor Gericht zu streiten. Das liegt an der neuen Zusammensetzung der Kammer. Die früheren Verfassungsrichter standen alle der Partei ARENA nahe. Sie hatten keinerlei Interesse daran, sich mit unserer Klage zu beschäftigen. Die neu zusammengesetzte Kammer hat sie nun studiert, diskutiert und zugelassen. Das hat die konservativen Sektoren des Landes natürlich in Angst versetzt.

*Allerdings macht man sich da abhängig von der Entscheidung einer Verfassungskammer, die – vorsichtig ausgedrückt – sehr umstritten ist und oft sehr parteiische Urteile zu fällen scheint.*

Es gibt Sektoren der Gesellschaft, die zur Linken zählen, wenn man das mal so nennen will, die weiterhin behaupten, dass das Verfassungsgericht zugunsten der Rechten urteilt. In den Medien versteht es die Rechte bestens, es so darzustellen, als würden ihre Positionen bestätigt und die Urteile gingen alleamt gegen die Linke und besonders die FMLN. Tatsächlich hat die Verfassungskammer einigen Regierungsprojekten einen Riegel vorgeschoben, und da ging der Streit los. Die Rechte nutzt das weidlich aus und versucht die Dinge so darzustellen, als würde die Verfassungskammer den Direktiven der Linke folgen.

*„Die Stärkung einer unabhängigen Judikative ist wichtiger als der Streit um die Urteile der Verfassungskammer.“*

Es gibt nur ganz wenige Organisationen in El Salvador, die das anders sehen. Wir als FESPAD meinen, dass die derzeitige Verfassungskammer völlig anders arbeitet als ihre Vorgänger. Früher waren weder der Oberste Gerichtshof noch die Verfassungskammer unabhängig. Sie waren immer eine Art Rechtsbüro

*Tutela Legal war das Erbe des 1980 ermordeten Erzbischofs Oscar Romero. Das Rechtshilfebüro des Erzbistums von San Salvador wurde nach der Ermordung Romeros von seinem Nachfolger Monseñor Rivera y Damas 1982 als Fortführung des jesuitischen Socorro Jurídico Cristiano unter dem Dach des Erzbistums gegründet. Eine langjährige Mitarbeiterin aus Romeros Arbeitsteam, Dr. María Julia Hernández leitete Tutela Legal bis zu ihrem Tod 2007. Die Mitarbeiter des Büros vertraten bedeutende Fälle vor internationalen Gerichten, wie zum Beispiel den des Massakers von El Mozote. Auch nach dem Friedensschluss 1992 nahm sich das Rechtshilfebüro Fällen von Menschenrechtsverletzungen an. Einer der bekanntesten betrifft die Batteriefabrik Record. Tutela Legal engagierte sich, zum Ärger einiger konservativer Kleriker, aber auch in anderen Bereichen, z.B. der Gewaltprävention und der Arbeit mit Jugendlichen.*

des Präsidenten. Das ist jetzt anders. Ich sage das, weil auch uns einige Urteile der aktuellen Verfassungskammer überhaupt nicht passen. Wir finden sie schlecht, meinen aber dennoch, dass die Stärkung einer unabhängigen Judikative wichtiger ist.

*Zurück zur Situation nach der Schließung der Tutela Legal. Es gibt ja mehrere Lösungsvorschläge für die ziemlich verfahrenere und auch heikle Situation. Wie stellt sich das Panorama derzeit dar?*

Zunächst hat die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte die Exekutive angewiesen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um schnellstmöglich die Gesamtheit der Archive der *Tutela Legal* zu sichern. Das für das nationale Kulturerbe zuständige Staatssekretariat hat also ein Dekret herausgegeben, das dem Erzbistum auftrag, die Unversehrtheit des Archivs zu gewährleisten. Gleichzeitig schrieben verschiedene, auch internationale, Organisationen an den apostolischen Nuntius, an den Papst usw. Und wir demonstrierten vor dem Erzbistum und vor der Kathedrale in der Hauptstadt, um einen gewissen Druck aufzubauen. Am 18. Oktober mischte sich dann die Generalstaatsanwaltschaft ein und durchsuchte die Räume der Tutela Legal im erzbischöflichen Ordinariat. Laut Staatsanwaltschaft wurden Akten von 34 Fällen mitgenommen, die für die Generalstaatsanwaltschaft angeblich „von Interesse“ waren. Das war an einem Freitag. Am darauf folgenden Montag gab der Generalstaatsanwalt eine Pressekonferenz mit den entsprechenden Aussagen. Später teilte er mit, die Informationen seien der *Tutela Legal* zurückgegeben worden. Zuvor hatte ein hochrangiger Würdenträger der katholischen Kirche, der

Vizekanzler der Bischofskonferenz, Monseñor Urrutia, aber bereits gesagt, die Staatsanwaltschaft habe keinerlei Akten mitgenommen. [3] Ein ähnlich widersprüchliches Hin und Her gab es bei zwei Pressekonzerten des Erzbischofs.

*Die heutige Situation hat damit zu tun, dass das Erzbistum Widerspruch gegen die Anordnung des Kulturstaatssekretariats einlegte. Und zwar bei der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes. Wir fanden es recht seltsam, dass die katholische Kirche sich dabei ausgerechnet von einem Anwalt vertreten ließ, der in der Vergangenheit FUSADES [Fundación Salvadoreña para el Desarrollo Económico y Social – eine unternehmernahe Stiftung, Anm. d. Red.] und ANEP [Asociación Nacional de Empresa Privada – Verband der Privatunternehmen, Anm. d. Red.] vertreten hat. Merkwürdig. Jedenfalls urteilte die Kammer zugunsten der katholischen Kirche.*

„Das Archiv gehört nicht der katholischen Kirche, sondern den Opfern.“

Mit diesem Urteil treten wir in eine neue Phase ein. Es verändert den ganzen Prozess, der sich vorher angebahnt hatte. Die Resolutionen der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte können nicht mehr durchgesetzt werden. Als ich das Urteil der Verfassungskammer gelesen habe, habe ich mich schon sehr über einige Konzepte gewundert, die da angewendet wurden. Die Kammer bezieht sich auf Artikel 26 unserer Verfassung, der in etwa folgendes besagt: „Der Status der katholischen Kirche als eigene Rechtsperson wird anerkannt“. Das heißt, der katholischen Kirche wird ein ziemlich hoher Status zuerkannt, auch wenn es an anderer Stelle heißt, dass der salvadorianische Staat nicht-konfessionell sei. Aber so ist das eben mit unserer Verfassung aus dem Jahr 1983, die – nebenbei bemerkt – unter einer ARENA-Regierung verabschiedet wurde. Diese Verfassung ist bis heute gültig. Außerdem hatte das Erzbistum sich auf spezielles Kirchenrecht berufen. Und so besagt das Urteil nun, dass das Archiv der Tutela Legal Privateigentum sei und der katholischen Kirche gehöre. Diese Auffassung teilen wir überhaupt nicht! Legalistisch kann man vielleicht so argumentieren, legitimerweise gehört das Archiv aber keineswegs der katholischen Kirche. Die Informationen im Archiv stammen schließlich von den Familienangehörigen der Opfer und von den Opfern selbst. Soweit sie überlebt haben. Zum Beispiel von Gefangenen, die gefoltert wurden und später die Unterstützung des Rechtshilfebüros suchten. Also bleiben wir dabei, dass diese Informationen nicht Privatbesitz der katholischen Kirche sind! Und wir haben Vorschläge gemacht, wie Opfern, Wissenschaftlern und Institutionen, die ein Interesse an der Wahrheitsfindung haben, der Zugang zu dem Archiv

gewährleistet werden kann.

Gleichzeitig hat sich eine Initiative gegründet, die ein neues Rechtshilfebüro unter dem Namen Maria Julia Hernández aufbauen möchte. Sie stammt von den entlassenen früheren Mitarbeiter\_innen der Tutela Legal, dem ehemaligen Leiter Ovidio Mauricio González und seinen Kolleg\_innen. Sie haben Statuten ausgearbeitet und legen sie jetzt dem Innenministerium vor, um als juristische Person anerkannt zu werden. Sobald das geschehen ist, könnte dieses Rechtshilfebüro einige Fälle weiterverfolgen. Mit der Einschränkung des fehlenden Zugangs zum Archiv. Dafür müssten dann eben die entsprechenden Mechanismen gefunden werden. Diese Mitarbeiter vertreten ja immerhin einige Opfer vor nationalen und internationalen Instanzen, wie der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission und dem Interamerikanischen Menschenrechtserichtshof. Das kann der Erzbischof nicht ändern. Denn es sind die Opfer, die ihre Rechtsvertreter\_innen bestimmen, nicht das Erzbistum. Ihre Position muss gestärkt werden.

Die Ombudsstelle für Menschenrechte hat den Vorschlag gemacht, eine Stiftung zu gründen, um möglichst viele Sektoren in das weitere Vorgehen einzubeziehen. Ich persönlich glaube, dass so eine Rechtsform, in der verschiedene gesellschaftliche Sektoren, nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen und die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte gemeinsam den guten Gebrauch und die Integrität des Archives der Tutela Legal garantieren, der richtige Weg wäre. [4]

**„Es können Akten verschwinden, aber auch Informationen hinzugefügt werden, die historisch gar nicht vorhanden waren.“**

*Es fällt auf, dass mal von 30.000, mal von 50.000 oder mehr Akten die Rede ist. Offenbar hat niemand einen Gesamtüberblick über den Inhalt und Umfang des Archivs. Da liegt doch immer der Verdacht nahe, dass manipuliert werden kann.*

Und diese Manipulationen können verschiedener Art sein: Es kann etwas herausgenommen, zerstört, aber auch Informationen hinzugefügt werden, die historisch gar nicht vorhanden waren. Ich glaube, es gibt niemand, der weiß, wieviel Akten genau das Archiv der Tutela Legal umfasst. Ich wage das zu behaupten, weil ich das Archiv kenne. Es sieht durchaus wohlgeordnet aus, mit guten Metallbehältern etc. Aber es hat keinen Rückhalt in irgendeiner Form von Datenbank. Sei sie nun auf Papier oder digital. Es gibt keine Inventare, keine Inhaltsverzeichnisse der einzelnen Akten, mit deren Hilfe man etwas rekonstruieren könnte. All dies zu haben, war immer der Traum von María Julia Hernández. Sie wollte auch alle Informationen digitalisieren. Es wurden Projektanträge

bei ausländischen Hilfswerken und Universitäten gestellt, aber alles in allem waren die Kosten immer zu hoch. Vor etwa fünf Jahren, als David Morales [der heutige staatliche Ombudsmann für Menschenrechte, Anm. d. Red.] noch dort arbeitete, habe ich mich angeboten zu helfen. Denn ich kenne mich ein wenig mit Archivmanagement aus. Und da wurde mir klar, was da für Defizite bestanden. Es gab zum Beispiel keine Kontrollbögen, wer welche Information benutzte oder gar etwas mitnahm.

Ich sollte also mein Wissen über Archivorganisation der zuständigen Person übermitteln, die keine spezielle Ausbildung dafür hatte. Ich richtete eine Datenbank auf einem Computer ein und wir fingen an, Register und Inhaltsverzeichnisse anzulegen. Aber dann ging diese Person ins Ausland, und die Arbeit blieb liegen. Später gab es einen neuen Versuch mit einem anderen Programm, aber auch da wurde nichts fertig. Man spricht von einem Bestand von 40.000 bis 60.000 Akten. Sicher ist nur, dass es Tausende sind. Einige haben Aufkleber, die anzeigen, dass sie für die Ausarbeitung des Berichtes der UN-Wahrheitskommission benutzt wurden. Aber insgesamt weiß niemand, wie viele Akten und Dokumente es gibt. Und das ist gefährlich.

*Am frühen Morgen des 14. November 2013 gab es einen brutalen Überfall auf das Büro der Menschenrechtsorganisation Pro Búsqueda, die sich um das Wiederauffinden von Kindern kümmert, die im Krieg verschleppt wurden. Mitarbeiter\_innen wurden überwältigt und gefesselt, Computer zerstört, Dokumente verbrannt. Gibt es einen Zusammenhang mit der Schließung der Tutela Legal?*

Es gab nach dem Friedensschluss noch einige, obskure Attentate gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen, aber insgesamt doch wenig von der Dimension dessen, was da unlängst bei Pro Búsqueda passiert ist. Die Tatsache, dass es den Tätern nicht darauf ankam, Wertgegenstände zu stehlen, sondern dass sie wichtige Akten verbrannt haben, lässt den Schluss zu, dass das keine gewöhnlichen Verbrecher waren. Sie hatten es nicht auf ökonomische Werte abgesehen, sondern auf historische Werte, auf wertvolle Beweismittel für die Zukunft.

**„Das Attentat will Terror verbreiten. Das sind Methoden der Vergangenheit!“**

Und hier sind wir wieder beim gleichen Kontext wie im Konflikt mit dem Erzbischof. Also bei der Hypothese, dass mächtige, in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verstrickte Sektoren Druck machen. Das Attentat richtete sich gegen eine Institution, die nach dem Ende des Amnestiegesetzes wichtige Beweise für Prozesse hätte beitragen können – gegen Militärs, die Kinder raubten, die Kinder verschleppten und teils außer Landes brachten. Deshalb den-

ken wir auch hier an einen Zusammenhang mit dem Amnestiegesetz. Und ich meine, dass der Anschlag auf *Pro Búsqueda* eine Botschaft hat: Er soll uns Angst einjagen. Er will Terror verbreiten. Das ist nicht zufällig passiert. Es war vorbereitet und geplant. Das sind Praktiken der Vergangenheit! Dass so etwas wieder passiert, macht uns Sorgen.

Ich möchte aber trotzdem versuchen, die Sache auch noch aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Möglicherweise soll hier Druck von der Partei ARENA und bestimmten Funktionären genommen werden. Da geht es um den aktuellen Haftbefehl gegen den ehemaligen Wirtschaftsminister Miguel Lacayo und die Schließung seiner Apotheken durch die staatliche Medikamentenbehörde. Ein anderes Beispiel sind die Anschuldigungen des Präsidenten des Rechnungshofes gegen die ehemalige Direktorin der Sozialversicherung. Sie soll 17 Millionen Dollar veruntreut haben. Gegen weitere Funktionäre von ARENA sind Haftbefehle wegen des Falles ENEL – CEL erlassen worden. [5] Also könnte die Botschaft bestimmter Sektoren auch sein: „Seht her, wir sind präsent, wir sind stark. Hört auf, uns zu belästigen!“ Das ist nicht auszuschließen. Aber ich bin doch eher der Meinung, dass der rote Faden der gleiche ist wie im Fall der *Tutela Legal*.

Das Interview mit Saúl Baños wurde am 16. November 2013 in Leipzig geführt.

Am 3. Dezember fand eine große Demonstration vor der Kathedrale der Hauptstadt in El Salvador und dem Obersten Gerichtshof statt, an der Opfervereinigungen u. a. aus Morazán, Chalatenango und Usulután sowie der staatliche Menschenrechtsombudsmann David Morales teilnahmen. FESPAD begleitete im Anschluss die Überlebenden und Familienangehörigen der Opfer der Massaker von Sumpul, El Mozote, La Quesera und des Falles Baterías Record beim Einreichen einer Verfassungsbeschwerde. Die Opfer reklamieren, das Erzbistum verletze mit der illegitimen Aneignung des Archivs der *Tutela Legal* als kirchlicher Privatbesitz ihr Recht auf Eigentum, Vertragsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung. Mitte Januar wird nach Auskunft von Saúl Baños eine weitere Demonstration stattfinden, um der Forderung nach Annahme der Klage durch die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs Nachdruck zu verleihen.

<sup>1</sup> Hier geht es offenbar um den Fall „Mayo Sibrián“, eines Guerilla-Kommandanten der „Frente Paracentral“, der für eine Serie außergerichtlicher Hinrichtungen verantwortlich war. Die Hypothese wurde vom rechtsgerichteten „El Diario Latino“ ins Spiel gebracht: Angeblich hätten Angestellte Akten aus dem Archiv entfernt, um Beweismittel dazu zu vernichten. Der Autor dieser Konstruktion ist nicht bekannt, es wird aber vermutet, dass es sich um Chefredakteur Eduardo Vásquez Becker

handelt, der zugleich Berater der Parlamentsfraktion der rechten Oppositionspartei ARENA ist. Elaine Freedman befragte dazu für die Zeitschrift *Envío* (Nr. 380, Nov. 2013) u. a. María Silvia Guillén, Direktorin von FESPAD. Sie zeigte sich ebenso wie der ehemalige Leiter der Tutela Legal, Ovidio Gonzalez, sicher, dass von Dokumenten, die Sánchez Cerén mit dem Fall in Verbindung brächten, keine Rede sein könne. Es sei aber zu befürchten, dass eine Akte fabriziert werde. [Anm. d. Red.]

<sup>2</sup> Das Massaker von El Mozote, im Norden des Departments Morazán, gilt als größtes Kriegsverbrechen in der Geschichte Mittelamerikas. Bei dem Massenmord wurden im Dezember 1981 an die tausend Zivilist\_innen, darunter sehr viele Frauen und Kinder, von Regierungstruppen ermordet. Am 16. Januar 2012 jährte sich die Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der damaligen Regierung El Salvadors und der Guerillaorganisation FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) zum 20. Mal: Mauricio Funes, der Präsident El Salvadors, nahm den Jahrestag zum Anlass, die Hinterbliebenen der Opfer um Verzeihung zu bitten. Knapp ein Jahr später entschied der Interamerikanische Gerichtshof, dass das Amnestiegesetz den salvadorianischen Staat nicht davon entbindet, das Massaker von El Mozote aufzuklären und Gerichtsverfahren gegen die Täter einzuleiten. Die Regierung erkannte das Urteil an und Ende 2013 wurden schließlich die ersten Exhumierungen vorgenommen und die sterblichen Überreste der Opfer den Angehörigen übergeben.

<sup>3</sup> Generalstaatsanwalt Luis Martínez, Funktionär in allen bisherigen ARENA-Regierungen von 1989 – 2009, gab anlässlich der Durchsuchung an, es gehe ihm um Fälle von Massakern aus dem Bürgerkrieg. Freedman (*Envío* Nr. 380, Nov. 2013, S.37) notiert, dass Beobachter\_innen sahen, wie nach der staatsanwaltschaftlichen Durchsuchung ein geschlossenes Fahrzeug mit unleserlichen Nummernschildern das Gebäude verließ, als Polizei und Kirchenleute schon weg waren. Überlebende des Massakers von Sumpul berichteten, dass sie von einem Fahrzeug verfolgt wurden, nachdem sie beim Erzbistum ihren Protest gegen die Schließung der Tutela Legal kundgetan hatten. [Anm. d. Red.]

<sup>4</sup> Bis Redaktionsschluss (10. Januar 2014) waren die Statuten der neuen, rein kirchlichen Tutela de Derechos Humanos noch nicht veröffentlicht. Sicher ist, dass sie ohne jegliche Beteiligung der betroffenen Überlebenden oder Familienangehörigen, Menschenrechtsorganisationen oder gar der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte eingerichtet wurde.

<sup>5</sup> Prominente und mit Haftbefehl gesuchte Beschuldigte sind der ehemalige Wirtschaftsminister Miguel Lacayo und der Chef der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft CEL (Comisión Hidroelectrica del Rio Lempa), Guillermo Sol Bang, die in einen krummen Millionendeal mit dem italienischen Energieriesen ENEL zur Gründung eines gemeinsamen Geothermie-Unternehmens verwickelt gewesen sein sollen. <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/el-salvador/el-salvador-tutela-legal-buergerkrieg-aufarbeitung-19093.html>

# Freihandel nützt vor allem dem, der ihn durchsetzen kann

Andrea Lammers

*Das Schwerpunktthema des El Salvador-Bundestreffens, das vom 8. bis zum 10. November 2013 in Frankfurt stattfand, hatte den Titel „Politischer und wirtschaftlicher Einfluss Europas in Zentralamerika“. Dort und während der Rundreise der Gäste aus El Salvador ging es vor allem darum, die Auswirkungen des Assoziierungsabkommens der EU mit den zentralamerikanischen Staaten (AdA) einzuschätzen. Dies bot sich an, weil das Abkommen im Laufe des Jahres 2013 in allen Ländern außer in Guatemala in Kraft getreten war.<sup>1</sup> Der Austausch mit den Gästen machte wieder einmal deutlich, dass es gerechte Freihandelsverträge zwischen Ungleichen nicht gibt.*

Kritiker\_innen aus sozialen Bewegungen in Zentralamerika haben lange gewarnt: „Das Assoziierungsabkommen mit der EU schränkt die Souveränitätsrechte der Bevölkerungen der zentralamerikanischen Staaten erheblich ein.“ (So beispielsweise Saúl Baños von der Menschenrechtsorganisation FESPAD aus El Salvador bei einem Vortrag in München im November 2013). Was als Stimme aus dem globalen Süden kaum gehört wurde, tönt nun, oh Wunder, auf einmal aus dem Munde von EU-Außenhandelskommissar Karel De Gucht. Schließlich geht es nun um europäische Interessen in den Verhandlungen um das transatlantische Freihandelsab-



*Keine Handelsverträge mehr, die Leben und Souveränität des Volkes verletzen*

kommen TTIP mit den USA. Und siehe da: De Gucht räumte kürzlich auf einer Pressekonferenz erstmals ein, dass die Investor-Staat-Schiedsgerichte den „politischen Handlungsspielraum“ der EU-Mitgliedsstaaten einschränken und man doch „das System besser machen“ wolle. „Wir werden die Stakeholder und die Allgemeinheit dazu konsultieren, die Social Media und so weiter und so weiter, und dann sehen wir, was geschehen kann. (...) Was wir zu tun versuchen, ist, daraus ein System auf dem höchsten Entwicklungsstand in einem neuen politischen Kontext zu machen“, so De Gucht in Washington am 18. Februar 2014. Auf dergleichen, wenn es denn wirklich mehr sein sollte als eine kleine Beruhigungspille in Richtung „Old Europe“ zu Zeiten beginnenden Europa-Wahlkampfes, konnten die zentralamerikanischen Länder im Zuge der Verhandlungen des zwischen August und Dezember 2013 von ihnen unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU nicht rechnen. Selbst in El Salvador wagte die linke FMLN-Regierung nicht, gegen eine auch nur angedrohte „Arbeitsplatz-Vernichtungskampagne“ von Rechts aufzubegehren und unterzeichnete widerstandslos. Man wollte die bisher trotz Freihandelsabkommen mit den USA erreichten sozialen Verbesserungen vor allem für die Landbevölkerung nicht einer massiven Gegenpropaganda aussetzen und vormals konservative Wähler\_innen, die noch als unsichere Kantonnist\_innen gelten, nicht verschrecken. Die unangenehmen ökonomischen Folgen hofft die FMLN durch andere außenpolitische Bündnisse und die Versteti-



*Vom Klassenzimmer zum Klassenkampf*



*El Salvador Bundestreffen  
Frankfurt 2013*

gung des Wandels, der schon jetzt zurück zur fast vollständigen Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln führte, einigermaßen abzufedern.

Saul Baños betonte in München, wie eng das Assoziierungsabkommen in El Salvador mit anderen Freihandelsabkommen und dem so genannten „Abkommen für Wachstum“ zwischen El Salvador und den USA verzahnt ist. Da ist zum einen die CAFTA-Parität: Sie bedeutet, dass in dem AdA-Abkommen die zentralamerikanischen Staaten der EU die gleichen Zugeständnisse machen mussten, wie sie sie 2006 den USA beim CAFTA-Abkommen gewährt haben. Falls europäische Unternehmen sich dabei benachteiligt sehen, treten die berüchtigten intransparenten und undemokratischen Schiedsgerichte der Weltbank (siehe oben) in Aktion, die einen Staat schnell und effizient mit Milliardenklagen überziehen. Die in El Salvador immer noch anhängige Verfassungsklage gegen CAFTA, die „in grauer Vorzeit“ einmal von der FMLN angestoßen wurde, wird damit gänzlich obsolet.<sup>2</sup> Das zwischen den Präsidenten Funes und Obama vereinbarte neue „Abkommen für Wachstum“ identifiziert hingegen in El Salvador zwei Problembereiche für ausländische Investitionen: die geringe Produktivität und die großen Sicherheitsprobleme in dem kleinsten zentralamerikanischen Land. Daraus wurde ein verbindlicher Aktionsplan nach den Vorgaben der USA entwickelt, der 19 Ziele umfasst: fünf betreffen die Produktivität, 14 hingegen den Bereich der Sicherheit im engeren (polizeilichen) Sinn, also keineswegs Ernährungs- oder Umweltsicherheit.

Alle 19 Punkte müssen in nationale Gesetze umgesetzt und deren Umsetzung regelmäßig überprüft werden. Im zugehörigen „Rat für Wachstum“ sind die großen Unternehmen des kleinen Landes El Salvador versammelt, die Familien Poma (Kraftfahrzeugimport, Immobilien, Hotelketten, Sicherheitsfirmen u. a.), de Sola (Zuckerrohr und weiterer Agroexport), Callejas (Supermarktketten), Murray Meza (verschiedene Produktions- und Importmonopole, ehemals

auch Brauereien). Sie waren auch maßgeblich am Aushandeln des AdA beteiligt.<sup>3</sup> Aber auch die nationalen Oligarchen merken, so Baños, dass nicht immer derart gewinnbringende Geschäfte winken wie im Falle des Bierbrauens, das vom CAFTA ausgenommen war, was schließlich für Murray Meza einen lukrativen Verkauf an SABMiller möglich machte.<sup>4</sup> Eine der Bedingungen für das Inkrafttreten des Freihandelsteils des AdA, die Erfüllung einer relativ hohen Exportquote für Zucker in die EU, war für El Salvador, das gerade mit Mühe versucht, seine von den vorherigen neoliberalen Regierungen zerstörte Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln hinzubekommen, nicht zu erfüllen. Dieses Problem konnte noch mit einem (mutmaßlichen) „Deal zwischen Familien“ gelöst werden, in dem die Zuckerexportquote an Nicaragua abgegeben wurde. Inzwischen merkten aber auch die nationalen Oligarchen, dass die europäischen Unternehmen, die in Zukunft ins Land kommen, ihnen durchaus auch unerwünschte Konkurrenz machen werden. Baños: „Die Unternehmensstrukturen bei uns sind nicht in der Lage, mit europäischen Konzernen in Wettbewerb zu treten. Erst recht nicht auf einem Markt, der dermaßen geschützt und subventioniert ist wie der europäische.“

Eines der bisher extremsten Beispiele des Wirkens europäischer Firmen in El Salvador kommt aus Spanien. Das Unternehmen Calvo hat die gesamte nationale Fangquote für Thunfisch „gekapert“, die tausend geschaffenen Arbeitsplätze sind laut Baños miserabel, Gewerkschaftsaktivitäten nur pro forma erlaubt, die lokale Fischerei ist vollständig ruiniert. Zu erwarten sind nun weitere Investitionen aus europäischen Staaten, vorzugsweise in Häfen, Flughäfen, den Dienstleistungssektor (profitabel durch die sehr niedrigen Löhne) und die Nahrungsmittelindustrie, Elektrizität (Wasserkraft- und Kohlekraftwerke), Bergbau, Straßenbau, so genannte „trockene Kanäle“, Tourismus und Patente. Während die Nachbarstaaten Guatemala und Honduras eine verstärkte



Saúl Baños in München

Ausbeutung von Naturgütern erleiden werden, bietet sich das kleine El Salvador vor allem als Dienstleistungs- und Logistikkreisläufe im Zuge des Projektes Mesoamerika<sup>5</sup> und der komplementären Militärstrategien an. Solch eine Konstruktion, auch in Kombination mit Freihandelszonen und den jetzt in Honduras beginnenden „Sonderentwicklungszonen“ (ehedem „Charter Cities“), eignet sich potentiell für legale wie für illegale Unternehmungen.<sup>6</sup>

Während der Freihandelsteil des Abkommens bereits vorläufig in Kraft ist, werden die beiden weiteren Teile, mit denen das Abkommen promotet wurde, der so genannte „politische Dialog“ und die „Entwicklungszusammenarbeit“, erst wirksam, wenn alle 27 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet haben. Bisher ist kein effektiver Mechanismus in Sicht, mit dem der Schutz von Menschenrechtsstandards, Arbeitsrechten und Umweltrechten gewährleistet werden könnte, vom zeitnahen Einklagen dieser Rechte ganz zu schweigen. Also müssen, neben den obligaten Hinweisen auf die skandalös ungleichen, asymmetrischen Bedingungen, die die Europäische Union den zentralamerikanischen Ländern und – vor allem – den von jeglicher Partizipation weitgehend ausgeschlossenen Bevölkerungen aufgedrückt hat, einmal mehr geduldig dicke Bretter gebohrt werden. Saúl Baños sprach bei seiner Rundreise im November 2013 unter anderem im Auswärtigen Amt vor und erwähnte speziell die Kämpfe um Mindestlöhne in El Salvador und die Bedenken der Gewerkschaften gegen das Assoziierungsabkommen mit der EU – was mit einem Vortrag über das deutsche Sozialpartnerschaftsmodell quittiert wurde. Bei der Ständigen Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen (Sitz u. a. von Bayer) hörte man dem ungewöhnlichen internationalen Gast interessiert zu. NRW hatte im Juni 2013 im Bundesrat Druck auf die Regierungen von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ausgeübt, dem AdA zuzustimmen, obwohl die SPD im Februar

im Bundestag noch gegen das Abkommen gestimmt hatte. Allerdings hat es den Anschein, als wolle man sich in diesem großen und einflussreichen Bundesland allmählich aus der bisherigen Abnick- und Durchwinkposition in europäischen Angelegenheiten befreien und sich doch gelegentlich mit inhaltlichen Stolpersteinen zumindest beschäftigen. Saúl Baños rief die hiesigen Menschenrechtsorganisationen und globalisierungskritischen Basisgruppen dazu auf, mit dem „Equipo Regional de Monitoreo y Análisis de Derechos Humanos en Centroamérica“ beim Monitoring möglicher Menschenrechtsverletzungen durch europäische Konzerne in den zentralamerikanischen Ländern zusammenzuarbeiten. Wo rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten noch weitgehend fehlen – ob sich die europäische Ombudsstelle durch Präzedenzfälle zu einer Beschwerdeinstanz umfunktionieren lässt, scheint doch recht fraglich – hilft einstweilen nur erhöhte Aufmerksamkeit und öffentlicher Druck: auf die entsprechenden Unternehmen *und* auf die europäischen Regierungen, die verpflichtet sind, die Respektierung der Menschenrechte (natürlich auch der sozialen, ökonomischen, kulturellen und Umweltrechte) und den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen einzufordern.

Mitglieder des bundesweiten „Runden Tisches Zentralamerika“ planen zum AdA-Monitoring weiterzuarbeiten. Kontakt und nähere Infos dazu gibt es über das Ökumenische Büro.

<sup>1</sup> Am 1. August 2013 trat der (Frei-)Handelsteil in den Ländern Honduras, Nicaragua und Panamá in Kraft und ab 1. Oktober in El Salvador und Costa Rica, nachdem auch dort die Parlamente zugestimmt hatten. Guatemala folgte am 1. Dezember 2013.

<sup>2</sup> Der Oberste Gerichtshof hat zwar die Verfassungsklage, die von verschiedenen sozialen Organisationen eingebracht wurde, zugelassen, aber nachdem die von der FMLN gestützte Regierung Funes das CAFTA-Abkommen widerstandslos praktiziert hat, ist kaum damit zu rechnen, dass das Gericht der Klage stattgeben wird. <http://voces.org.sv/2012/09/20/cafta-dr-a-seis-anos-de-vigencia-en-el-salvador/>

<sup>3</sup> Saúl Baños bezog sich darauf, dass El Salvador während vieler Jahre des 20. Jahrhunderts bekannt war als das Land der 14 Familien, deren Macht sich auf die Beherrschung des Kaffeesektors gründete. Daran hat sich zwar einiges geändert, aber die Macht liegt immer noch in den Händen weniger Familien und teilweise sind es die selben wie früher.

<sup>4</sup> Im Jahr 2005 verkaufte Roberto Murray Meza an den südafrikanischen Konzern South African Breweries (später SABMiller, weltweit der zweitgrößte Brauereikoncern) [http://www.academia.edu/827980/La\\_Consolidacion\\_Oligarquica\\_Neoliberal\\_en\\_El\\_Salvador\\_y\\_os\\_Retos\\_para\\_el\\_Gobierno\\_del\\_FMLN](http://www.academia.edu/827980/La_Consolidacion_Oligarquica_Neoliberal_en_El_Salvador_y_os_Retos_para_el_Gobierno_del_FMLN)

<sup>5</sup> Projekt Mesoamerika, Proyecto Mesoamérica (PM) ist der neue Name des Plan-Puebla-Panamá.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu die Studie „Inversiones y Dinámicas Territoriales en Centroamérica“ von der Fundación Prisma: [http://www.prisma.org.sv/uploads/media/Inversiones\\_dinamicas\\_territoriales\\_en\\_CA.pdf](http://www.prisma.org.sv/uploads/media/Inversiones_dinamicas_territoriales_en_CA.pdf)



# 20 Jahre nach dem Aufstand der EZLN: Gedanken zum Zapatismus und den Frauen



## Der Aufstand der EZLN: Hintergründe

Gabriela Gorjón Salcedo

1. Januar 1994, Chiapas, Mexiko. Eine Gruppe von Indigenen, vor allem Angehörige der Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal, Chol, Zoque und der Mam, besetzt sieben Hauptorte, unter anderem San Cristóbal de las Casas, wo die Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald vorgelesen wird. Die Welt kennt jetzt die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung EZLN und ihren Sprecher Subcomandante Marcos. Ihre Forderungen waren Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden.

### Geschichtliche Hintergründe

Chiapas ist ein Staat im Südosten Mexikos, der während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von großen ausländischen Unternehmen in Besitz genommen wurde, die Kaffee, Kautschuk, Chicle (Rohstoff u. a. für die Kaugummierherstellung; d. Red.) und Holz produzierten. Die indigene Bevölkerung wurde gezwungen, für die neuen Großgrundbesitzer zu arbeiten. Später, während der Landverteilung, der Bo-

denreform von Präsident Lázaro Cárdenas (1934-1940), zogen Tausende Indigene in den lakandonischen Urwald, nachdem ihnen dort per Regierungsdekret die trockensten und unfruchtbarsten Landstücke der Gegend zugewiesen worden waren. Auch wenn das Regime sich als revolutionär bezeichnete, beschützte es die Großgrundbesitzer und Emiliano Zapatas Ideale von Landbesitz und Freiheit wurden in Chiapas niemals verwirklicht. In den 1960er Jahren wurden neue Dekrete erlassen und indigene Gemeinden umgesiedelt und die waldreichen und fruchtbaren Gebiete den Viehzüchtern und der Holzindustrie übergeben. Obwohl es seit den 1970er Jahren einige Reformbestrebungen gab, verschärfte sich mit der mexikanischen Agrar- und Wirtschaftskrise die so wie so schon prekäre Situation der indigenen Bevölkerung.<sup>1</sup>

### Die 1990er Jahre und das Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA)

Schon ab 1970 bekam auch Chiapas die Einführung des kapitalistischen Modells zu spüren, zum Beispiel mit dem Beginn des Baus von Wasserkraftanlagen. Dazu kam, dass mit der Krise in der mexikanischen Landwirtschaft Mexiko für den Import von Lebens-

*Unsere Hoffnung ist, dass sich unsere Situation eines Tages ändern wird, dass man uns Frauen mit Respekt, Gerechtigkeit und demokratisch behandeln wird.*  
Kommandantin Ramona, EZLN



Kommandantin Ramona  
Foto: bastian (Heriberto  
Rodriguez), Chiapas, Mexico.  
CC

mitteln geöffnet wurde, auch von Grundnahrungsmitteln wie Mais. Der Anbau von Exportprodukten wurde bevorzugt und der Nahrungsmittelanbau nahm immer stärker ab.

Am 1. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko, das schon 1992 unterzeichnet worden war, in Kraft. In den zwei Jahren zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten hatte der mexikanische Staat mit einer Reihe von wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Anpassungen begonnen und damit Forderungen des Vertrages entsprochen. Zu diesen Anpassungen gehörten die Einrichtung der nationalen Menschenrechtskommission sowie Verfassungsänderungen. Am bedeutendsten waren die Änderungen bezüglich des Grundbesitzes (Artikel 27) und der Bildung (Artikel 3). Die Individualrechte wurden eingeschränkt und die der Unternehmen erweitert. Das neoliberale Modell war auf dem Vormarsch.

Der damalige Präsident Carlos Salinas de Gortari proklamierte den Eintritt Mexikos in die „erste Welt“ – dank NAFTA. Heute behauptet er, der Aufstand der EZLN wäre der Versuch gewesen, seine Regierung und besonders ihn selbst ins Wanken zu bringen. „[...] der sehr intensive Reformprozess, den wir zustande gebracht haben auf dem Gebiet der Wirtschaft, aber auch im Sozialen mit der Änderung des Artikels 27, der Bildungsreform [...], [h]at dies Interessen berührt? Ja. Vor allem gab es Widerstand bei denen, die aus solch einem geschlossenen und gelähmten System Nutzen ziehen können. Zuerst versuchten sie, die Reformen zu torpedieren und als ihnen dies nicht gelang, versuchten sie, die Regierung ins Wanken zu bringen. Genau dies geschah 1994.“<sup>2</sup>

Bemerkenswert ist die scheinbare Neutralität, mit der Salinas von dem „Reformprozess“ spricht und es vermeidet, davon zu sprechen, dass besagte Reformen zur Verschärfung der an sich schon dramatischen Ausgrenzung dienten, in der nicht nur die indigene Bevölkerung Mexikos lebte, sondern auch die armen Mestizen im städtischen und ländlichen Raum, besonders die Teile der Bevölkerung, die nicht vergessen worden sind, sondern die von einer Entwicklung des Ausschlusses und des Neokolonialismus zermalmt wurden.

In jenem Augenblick, als man uns weismachen wollte, Mexiko stehe vor dem Eintritt in die erste Welt, war der Aufstand der EZLN eine entscheidende Mahnung, dass in Mexiko viele verschiedene Epochen gleichzeitig zusammenlebten – und noch immer zusammenleben: einerseits die „Modernisierung“ der Städte und die immer stärkere Konzentration des Reichtums in wenigen Händen<sup>3</sup> und auf der anderen Seite Lebensbedingungen von Elend und Armut, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Uns wurde

auch klar, dass die Idee der Nation, wie sie geplant war, als Vereinigung von Gleichen, so nicht existierte. Dies sind die Hintergründe des zapatistischen Aufstands.

### Zapatistischer Feminismus

1984 hatte die EZLN sechs Mitglieder, 1989 waren es 1.300 Mitstreiter\_innen. Ein Prozess, dessen Anfang man als „traditionell“ links bezeichnen könnte, wurde von den Indigenen, die sich der EZLN anschlossen, transformiert, weil sie anfangen, die Strategie des Aufstands von ihrer eigenen Weltsicht aus zu denken.

1993 geschah das, was die Zapatisten selbst als ersten zapatistischen Aufstand betrachten, als die Kommandantin Susana in Begleitung der Kommandantin Ramona am 8. März das revolutionäre Frauengesetz befürworteten. Subcomandante Marcos erzählt das so:

„Es war Susanas Aufgabe, die Vorschläge, die das Denken tausender indigener Frauen vereinten, vorzulesen. Sie begann zu lesen, und je weiter sie mit der Lektüre kam, desto unruhiger wurde die Versammlung der CCRI. Es waren Stimmengewirr und Zwischenrufe zu hören. Auf Chol, Tzeltal, Tzotzil, Tojolabal, Mam, Zoque und sogar auf Spanisch sprangen die Kommentare von hier nach dort. Susana wich nicht zurück, sondern setzte den Angriff gegen alles und jeden fort: „Wir wollen nicht, dass wir gezwungen werden, uns mit jemandem zu verheiraten, den wir nicht wollen. Wir möchten Kinder haben, die wir lieben und die wir versorgen können. Wir wollen das Recht, in der Gemeinde Ämter auszufüllen. Wir wollen das Recht, zu reden und gehört zu werden. Wir wollen studieren und wir wollen das Recht, Auto zu fahren.“ So sprach sie, bis sie fertig war und hinterließ ein drückendes Schweigen. Die „Gesetze der Frauen“, die Susanna gerade verlesen hatte, waren für die indigenen Gemeinden eine wirkliche Revolution. Den verantwortlichen Frauen wurde das, was Susana gesagt hatte, noch in ihre Sprache übersetzt. Die Männer sahen sich untereinander nervös und unruhig an. Plötzlich, fast alle zur gleichen Zeit, waren die Übersetzerinnen fertig und mit einer Bewegung, die sich wechselseitig ergänzte, begannen die verantwortlichen Frauen, zu applaudieren und untereinander zu reden. Man muss gar nicht mehr erwähnen, dass die Gesetze der Frauen einstimmig angenommen wurden. Ein Verantwortlicher der Tzeltal bemerkte: „Nur gut, dass meine Frau kein Spanisch versteht. Sonst ...“ Eine Offizierin der Aufständischen, eine Tzotil und mit einem Mayorsrang der Infanterie, fiel über ihn her: „Da hast du dich aber geschnitten, denn wir werden es in alle Sprachen übersetzen.“ Der Genosse senkte den Blick. Die verantwortlichen Frauen sangen, die

Männer kratzten sich die Köpfe. [...] Das ist die Wahrheit: Die erste Erhebung der ELZN war im März 1993 und wurde angeführt von den zapatistischen Frauen. Es gab keine Toten und sie siegten. So etwas kommt bei uns vor.“<sup>4</sup>

In einem Interview von 1994<sup>5</sup>, in dem auch die Kommandantin Ramona, Matilde Pérez und Laura Castellanos befragt wurden, äußerte sich die Majorin Ana María folgendermaßen:

„Man hatte uns das Recht zugestanden, an den Versammlungen teilzunehmen und uns weiterzubilden, aber es gab kein Frauengesetz. Deshalb haben wir protestiert und so kam es zu dem Frauengesetz. Wir alle haben das entschieden und das Gesetz wurde in einer Versammlung aller Dörfer vorgestellt. Männer und Frauen haben es beschlossen. Es gab keine Probleme. Im Laufe des Prozesses fragte man die Frauen in den Dörfern nach ihrer Meinung. Die Aufständischen haben uns geholfen, es aufzuschreiben.“

Im Dezember 1993 wurde das Revolutionäre Frauengesetz (Ley Revolucionaria de las Mujeres) in der Nr. 1 des Informationsorgans der EZLN, dem mexikanischen Weckruf (El Despertador Mexicano), veröffentlicht:<sup>6</sup> „[...]

- Erstens: Die Frauen haben, ungeachtet ihrer Rasse, Glaubens, Hautfarbe oder politischen Zugehörigkeit, das Recht, am revolutionären Kampf teilzunehmen, an dem Ort und in dem Maße, wie es ihr Wille und ihre Fähigkeiten bestimmen.
- Zweitens: Die Frauen haben das Recht, zu arbeiten und einen gerechten Lohn zu erhalten.
- Drittens: Die Frauen haben das Recht, die Zahl ihrer Kinder zu bestimmen, die sie haben und beaufsichtigen können.
- Viertens: Die Frauen haben das Recht, sich an den Angelegenheiten der Gemeinschaft zu beteiligen und ein Amt zu übernehmen, wenn sie frei und demokratisch gewählt werden.
- Fünftens: Die Frauen und ihre Kinder haben das Recht auf vorrangige Behandlung in der Gesundheit und Ernährung.
- Sechstens: Die Frauen haben das Recht auf Erziehung.
- Siebtens: Die Frauen haben das Recht, ihren Partner frei zu wählen und nicht mit Gewalt zur Heirat gezwungen zu werden.
- Achters: Keine Frau darf, weder von Angehörigen noch von Fremden, geschlagen oder körperlich misshandelt werden. Die Delikte Vergewaltigung oder Versuchte Vergewaltigung werden streng bestraft.
- Neuntens: Die Frauen können Führungsaufgaben in der Organisation und militärische Ränge in den revolutionären Streitkräften bekleiden.
- Zehntens: Die Frauen haben alle Rechte und Pflichten, die in den revolutionären Gesetzen

und Vorschriften enthalten sind.“

Das revolutionäre Frauengesetz ist ein Symbol für den Kampf, der es erlaubt, in die allgemeinen Vorstellungen das Bild einer anderen indigenen Frau einzuführen und die Wahrnehmung von Fügsamkeit und Schwäche, die bis heute über Folklore und Armut unsere nationale Vorstellung durchdrungen haben, zu vergessen. Aber noch wichtiger ist, dass dieses Gesetz den zapatistischen Frauen erlaubt hat, dass ihre Stimme und ihr Wort gehört wurden, dass ein Gesetz erlassen wurde, das ihre Lebensweise änderte, indem es die strukturelle Ungleichheit, die Generationen von indigenen Frauen über Jahrhunderte hindurch betroffen hat, entscheidend änderte. Man muss also betonen, dass die zapatistischen Frauen in der vordersten Front des zapatistischen Kampfes gestanden haben. Als im Zusammenhang mit dem Aufstand Gefangene befreit wurden, waren es die Frauen, die die Gefängnistüren öffneten, bei Zusammenstößen mit der mexikanischen Armee waren sie bei der Vorhut, als die Zapatisten im Kongress sprachen, war die Stimme der EZLN eine Frau, nämlich die Kommandantin Ester.

Berichte über zapatistische Frauen können genauso gewaltig wie seltsam sein. So beschreibt Guiomar Rovira in seinem Buch „Mujeres de maíz“ (Maisfrauen) die Kommandantin Ramona:

„Das Gesicht hinter einer schwarzen Maske, nur die Augen und ein paar Haare frei, die den Nacken schützen. Im Blick der Glanz derjenigen, die sucht. Auf der Schulter ein Gewehr, Kaliber 12, in drei Teile zerlegt. In der typischen Kleidung der Gegend von San Andrés steigt Ramona am letzten Tag des Jahres 1993 von den Bergen herunter und zusammen mit Hunderten anderen Frauen geht sie in Richtung San Cristóbal.“

Die Kommandantin Ramona, die 2006 gestorben ist, wurde zu einem Symbol des Kampfes. Denkwürdig ist ihre Rolle 1996 beim nationalen indigenen Kongress, als sie auf dem Zócalo in Mexiko-Stadt vor 100.000 Menschen sprach. Ramona sagte: „Wir sind bis hierher gekommen, um mit allen zusammen zu schreien; wir, die wir nicht da waren, dass Mexiko nie wieder ohne uns sein wird.“ „Nie wieder ein Mexiko ohne uns“ wurde zu einem der sinnbildlichsten Sätze des Zapatismus und Ramona war es, die ihn geprägt hat.

Man muss auch ihre politische Klarheit betonen und ihr tiefes Verständnis dafür, dass sich die Frauen dringend organisieren und einigen mussten. Dies zeigte sich besonders beim ersten nationalen Kongress indigener Frauen 1997 in Oaxaca, wo die unterschiedlichen Standpunkte von 560 Frauen aus Gruppen mit verschiedenen Programmen zu politischen Spannungen führten:<sup>7</sup>

„Wir sind aus vielen indigenen Dörfern gekommen,



*Frauenbüro für die Würde der Frauen in der autonomen Gemeinde Oventic, Chiapas  
Foto: Kelly*

um zu erfahren, wie wir gemeinsam gehen können. Wir dürfen uns in unserem Kampf nicht trennen, denn schon immer wollte man uns spalten und zum Schweigen bringen [...] Wir indigenen Frauen haben viele Widerstände erlebt, aber wir müssen die Zapatisten und die ganze Zivilgesellschaft, die uns unterstützt hat, daran erinnern, dass sie ohne ihre Frauen nichts erreichen würden. Wir müssen zusammen voran gehen, denn ein aufrührerisches Mexiko ist ohne seine Frauen nicht denkbar.“

Ramona selbst erzählt, wie sie sich dem zapatistischen Kampf angeschlossen hat, so: „Ich bin von meiner Gemeinde weggegangen, um Arbeit zu suchen, weil es dort nichts gab, von dem man hätte leben können. Als ich woanders ankam, sah ich, dass die Situation dort nicht so war wie die der Frauen auf dem Feld. Da begann ich zu verstehen und mir wurden die Unterschiede bewusst. So lernte ich die Organisation (EZLN) kennen und begriff, dass die Frauen sich auch organisieren müssen.“<sup>8</sup>

Die Majorin Ana María<sup>9</sup> ihrerseits erzählt: „In der EZLN ist alles gleich. Da gibt es keine Unterschiede: An dem einen Tag müssen die Männer das Essen machen, am nächsten Tag die Frauen und umgekehrt. Wenn Wäsche gewaschen werden muss, kann das der Mann machen.“<sup>10</sup>

Die Kommandantin Ramona ist 2006 an Krebs gestorben, aber ihr Vermächtnis ist weiter lebendig, sowohl in der Arbeit der zapatistischen Frauen als auch bei Feministinnen im Allgemeinen, die sich bemühen, für alle Menschen eine Welt voller Würde und Gerechtigkeit aufzubauen. So berichtet ein Kommuniké<sup>11</sup> vom 3. Februar 2013 aus dem lakandonischen Urwald über die Teilnahme der Frauen am zapatistischen Kampf. Darin erklärt eine Yolanda die aktuelle Wirksamkeit des Frauengesetzes: „[...]

Aber wir sehen, dass es sehr wichtig ist, dass wir das Gesetz gut studieren, denn wenn wir nicht verstehen, was das Gesetz uns wirklich sagt, wenn wir nur ein bisschen davon untersuchen, dann könnte das Gleiche passieren wie in der Vergangenheit, nämlich dass die Frau wieder nur die Lebensspenderin ist, auch wenn sich das geändert hat, wie wir wissen. Wenn wir dieses Gesetz, das wir Zapatistinnen haben, wieder schlecht verstehen, wird alles wieder passieren.

Als dieses Gesetz gemacht wurde, geschah das nicht, damit die Frauen befehlen können, dass sie ihre Ehemänner oder ihre Lebensgefährten beherrschen. Das ist damit nicht gesagt. Deshalb muss das Gesetz sehr gut studiert werden. Denn so ist es nicht, es ist nicht etwas, was erst entstehen soll. Ich kann die Geschichte, wie wir sie jetzt haben, nicht fortsetzen, in der die Genossen, die Machisten sind, befehlen. Aber wenn wir das Gesetz schlecht interpretieren, wird es geschehen, dass die Frauen befehlen und die Genossen sind arm dran und bleiben auf der Strecke. Dies ist nicht das Ziel.

Was angestrebt wird, ist etwas wie der Aufbau der Menschlichkeit. Wir wollen Änderungen, eine andere Welt wollen wir. Das ist ein Kampf aller, Männer und Frauen. Das haben wir ja schon gehört, dass es weder ein Kampf der Frauen ist noch ein Kampf der Männer. Wenn man dabei von einer Revolution sprechen will, dann von allen zusammen, von Männern und von Frauen, so ist der Kampf.

Es geht nicht, dass die Genossen sagen, wir kämpfen hier, wir machen die Revolution und sie übernehmen alles und die Frauen bleiben zuhause. So funktioniert kein Kampf für alle. Es müssen schon alle dabei sein, Männer und Frauen.“

Ein anderes Vermächtnis der Kommandantin Ramona ist das so genannte Frauentreffen „Kommandantin Ramona“, das im September 2007 stattfand. Das Programm behandelte die folgenden Themen: Die Frau und die Frau der anderen Kampagne<sup>12</sup>; wie lebten Zapatistinnen früher und wie leben sie heute; wie gelang es ihnen, sich zu organisieren, ihre Rechte durchzusetzen; welche Verantwortung haben sie heute; wie behaupten sie sich in ihrem Kampf; vor welchen Änderungen stehen sie heute und kämpfen sie zusammen mit ihren zapatistischen Söhnen und Töchtern.

### Schlussüberlegungen

Neben anderen Themen haben Feminismus und Studien zur Geschlechtergerechtigkeit und die daraus resultierende Politik seit einigen Jahren versucht, die Rolle der Frauen in der Welt sichtbar zu machen. Allgemein gesagt war die Geschichte der Menschheit eine Geschichte, die von Männern für Männer

erzählt worden ist und die Rolle, die die Frauen dabei gespielt haben, wurde beiseite geschoben. Die Geschichte der Frauen ist in gewisser Weise als Geschichte eines Andersseins verlaufen. Ein anderes und verschiedenes Wesen, das dem Bild vom Menschen in der Welt, wie wir sie kennen, nicht entspricht. Wie wir gesehen haben, war dies in der indigenen Welt der Zapatisten nicht anders. Auch dort war ein Gesetz notwendig, das die Forderungen der Frauen aufgriff, und das heute noch studiert und angewendet wird. Es wird genau darauf geachtet, dass die Genossen nicht übermütig werden und dass die neuen Generationen das Leben führen können, was notwendigerweise 1993 eingefordert wurde. 20 Jahre nach dem Aufstand der EZLN und 21 Jahre nach der Verkündung des revolutionären Frauengesetzes sind sowohl die zapatistische Botschaft im Allgemeinen als auch das richtungsweisende Gesetz, das die Gleichheit zwischen Männern und Frauen anstrebt, weiterhin gültig.

Das revolutionäre Frauengesetz ist entstanden, weil man den indigenen zapatistischen Frauen zuhörte und ihnen eine Stimme gab. Es gab keinen Dialog mit feministischen „westlichen“ Strömungen, zumindest nicht zum damaligen Zeitpunkt. Dennoch hat das Gesetz zutiefst feministische Wurzeln, in dem Sinne, wie es das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen einfordert und ihre Rolle in der Gesellschaft sieht. Ebenso steht das Gesetz im Einklang mit der Forderung nach Selbstbestimmung der indigenen Völker. Wie sie selbst sagen, damit es ein Kampf aller ist, muss es auch ein Kampf der Frauen sein. Wie soll das geschehen? Indem das geändert wird, was ihnen nicht geeignet erschien, was sie als ungerecht empfanden, indem sie eine Welt anstrebten, in der viele Welten Platz fanden, auch die der Frauen.

Diese Berichte der zapatistischen Frauen aus Vergangenheit und Gegenwart und ihr Kampf innerhalb des zapatistischen Kampfes, der ein Kampf aller war, führt uns zu einigen Überlegungen. Einerseits, dass der Weg zur Gerechtigkeit dort verläuft, wo sich die Stimme derjenigen, die nicht gehört worden sind, durchsetzt. Andererseits, dass ein „Land der Gesetze“<sup>13</sup> möglich ist, dass es möglich ist, ein Gesetz zu verkünden, es Wirklichkeit werden zu lassen und damit täglich zu leben, wenn der Wille dazu da ist, man sich anstrengt und sich wechselseitig respektiert. Genauso wichtig sind dabei Mut, Leidenschaft und Zärtlichkeit.

Vielleicht wäre es das „Einfachste“, das „gehorchend Befehlen“ der Zapatisten in den so engen Beziehungen zwischen Männern und Frauen anzuwenden: auf der intimen Ebene des täglichen Lebens in der Gemeinschaft, die keinesfalls ohne eine tiefe politische Dimension ist.

Gabriela Gorjón Salcedo ist eine mexikanische Linguistin und Medienwissenschaftlerin  
Übersetzung: Eberhard Albrecht

- <sup>1</sup> Codazzi, R. (2002). *Autonomía indígena en Chiapas: educación, usos y costumbres*. <http://spazioinwind.libero.it/educazioneinchiapas/index.htm> aufgerufen im Februar 2014.
- <sup>2</sup> Interview mit Salinas de Gortari 10.2.2014; <http://www.eluniversal.com.mx/nacion-mexico/2014/impreso-entrevista-a-salinas-de-gortari-intentaron-descarrilarmi-gobierno-212966.html>
- <sup>3</sup> In diesem Zusammenhang muss man darauf hinweisen, dass der mexikanische Unternehmer Carlos Slim, der neben anderen Unternehmen auch die Gesellschaft *Teléfonos de México* besitzt, 2013 zum zweitreichsten Mensch der Welt erklärt wurde.
- <sup>4</sup> Briefe und Kommuniqués der EZLN, Brief von Marcos über das tägliche Leben in der EZLN vom 26. Januar 1994; [http://palabra.ezln.org.mx/comunicados/1994/1994\\_01\\_26.htm](http://palabra.ezln.org.mx/comunicados/1994/1994_01_26.htm), aufgerufen im Januar 2014.
- <sup>5</sup> <http://www.cedoz.org/site/content.php?doc=355>
- <sup>6</sup> Briefe und Kommuniqués der EZLN, Gesetze der Frauen, Dezember 1993 [http://palabra.ezln.org.mx/comunicados/1994/1993\\_12\\_g.htm](http://palabra.ezln.org.mx/comunicados/1994/1993_12_g.htm); Deutsche Übersetzung: Mittelstädt, Hanna/Schulenburg, Lutz (1996): *Der Wind der Veränderung. Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen. Kommentare und Dokumente*. Hamburg: Verlag Lutz Schulenburg. Zitiert in B. Hirsch; [http://radio.transzendenz.de/material/SoSe06\\_radio\\_text\\_hirsch\\_insurgente.doc](http://radio.transzendenz.de/material/SoSe06_radio_text_hirsch_insurgente.doc)
- <sup>7</sup> Vgl. Hernández Castillo, A. y Zylbergberg Panebianco V., "Alzando la vista: Impactos locales y nacionales del zapatismo en la vida de las mujeres indígenas." En *Tejiendo historias. Chiapas en la mirada de las mujeres*, de Maya Lorena Pérez. INAH, 2004.
- <sup>8</sup> Op. Cit. Laura Castellanos.....
- <sup>9</sup> Es war übrigens die Majorin Ana María, die am 1. Januar 1994 die Besetzung von San Cristóbal de las Casas leitete. Vgl. Hernández Castillo, A. y Zylbergberg Panebianco V., "Alzando la vista: Impactos locales y nacionales del zapatismo en la vida de las mujeres indígenas." En *Tejiendo historias. Chiapas en la mirada de las mujeres*, de Maya Lorena Pérez. INAH, 2004.
- <sup>10</sup> Op. Cit. Laura Castellanos.....
- <sup>11</sup> Am 1. März 2013 in *La Jornada* erschienen; <http://www.jornada.unam.mx/2013/03/01/politica/021n4pol>, aufgerufen im Januar 2014.
- <sup>12</sup> Die andere Kampagne ist eine politische Initiative der zapatistischen Bewegung und der EZLN, die versucht, in Mexiko das Gehör aller zu finden, die von unten und von links versuchen, die Gesellschaft, so wie sie heute ist, zu ändern. Sie wurde 2005 mit der „Sechste[n] Erklärung aus der Selva Lacandona“ gestartet und begann am 1. Januar 2006 mit einer Rundreise durch alle mexikanischen Staaten einschließlich des Bundesdistrikts um die Hauptstadt. Sechs Tage danach starb die Kommandantin Ramona.
- <sup>13</sup> Man sagt, Mexiko sei ein „Land der Gesetze“, weil dort die Regierung üblicherweise reagiert, als ob Änderungen schon damit erreicht würden, wenn zu dem entsprechenden Thema ein Gesetz verabschiedet wird, obwohl das In-Kraft-setzen eines Gesetzes ja nur der Beginn eines möglichen Wandels ist.

# Alle 14 Stunden wird in Honduras „Kein Schlag gegen den Staat, kei



*Feministinnen im  
Widerstand  
Quelle: CDM*

**Interview mit Gilda Rivera vom Zentrum für Frauenrechte (CDM).**

**Gilda Rivera Serra ist Mitglied des kollektiven Führungsgremiums des Zentrums für Frauenrechte (CDM)<sup>2</sup> in Honduras. Das CDM, das sich als feministische Organisation versteht, existiert seit 1992. Wie schon aus dem Namen hervorgeht, ist es das Ziel der Organisation, die Rechte der Frauen zu stärken. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen mit Programmen zur Bewusstseinsbildung bei Jugendlichen, Männern und Frauen, dass Frauen Rechte haben. Andere Programme unterstützen Frauen dabei, ihre Rechte einzufordern und wahrzunehmen. Außerdem versucht CDM, den Staat dazu zu bewegen, seine Verpflichtungen gegenüber den Frauen anzuerkennen und einzuhalten. Konkret ist das vor allem der**

**Kampf gegen die Straflosigkeit, die in Honduras bei Gewaltdelikten gegen Frauen herrscht. Da diese Ziele nur in einer demokratischen Gesellschaft zu erreichen sind, hat sich CDM den Bewegungen angeschlossen, die 2009 nach dem Putsch Widerstand geleistet haben und sich seither bemühen, die Demokratie zu verteidigen. Das Interview wurde am 30. September 2013 geführt und kann daher nur Auskünfte über politische Erwartungen geben, die sich damals mit den Präsidentschaftswahlen im November 2013 verbunden haben. (Zu den Wahlen selbst siehe den folgenden Artikel auf Seite 34)**

*Das Besondere an Honduras ist die extreme Gewalt. Wie wirkt sich das auf das Verhältnis zwischen Männern und Frauen aus?*

# eine Frau ermordet oder ne Schläge gegen Frauen!“<sup>1</sup>

Ja, es ist sehr traurig, aber in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Morde in Honduras extrem angestiegen. Das Land gehört jetzt zu den Ländern mit der höchsten Mordrate. Laut dem Büro der Vereinten Nationen (UNODC) hatten wir im Jahr 2011 eine Rate von 82,5 Morden auf 100.000 Einwohner. Die OPS, die Panamerikanische Gesundheitsorganisation, und die WHO gehen von einem globalen Normalwert von 10 Morden aus. Damit übertreffen wir Guatemala und El Salvador, wo es Kriege gegeben hat und wo die Mordrate ungefähr bei der Hälfte liegt. Für das Jahr 2012 hat eine Organisation, die die Gewalt in Honduras beobachtet, berichtet, dass 606 Frauen ermordet wurden. Das sind im Durchschnitt fünfzig Frauen im Monat. Das heißt, alle 14 Stunden wird in Honduras eine Frau ermordet. Die Mehrzahl der ermordeten Frauen ist jünger als 30 Jahre. Und über 75 Prozent werden mit Schusswaffen umgebracht. Was bedeutet das? Von zehn Ermordeten sind sieben Männer und drei Frauen. Aber wir sagen: Wir Frauen bringen uns nicht gegenseitig um. Frauen werden von Männern getötet. Die Männer bringen sich gegenseitig um. Was die Frauen anbelangt, bedeutet es allgemein in unserem Land, dass durch den Tod einer Frau viele Kinder zu Waisen werden. Die Verantwortungslosigkeit der Männer bezüglich ihrer Vaterschaft ist typisch für eine Gesellschaft, die durch und durch von machistischem und patriarchalischem Denken geprägt ist. Es ist daher sehr leicht, dass die Männer keine Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Außerdem bedeutet für uns die Gewalt, mit der wir konfrontiert sind, weil wir Frauen sind, dass sich der Staat unfähig zeigt, seiner Bevölkerung ein Leben ohne Gewalt zu garantieren.

Bei uns herrscht Straflosigkeit: 98 Prozent aller Verbrechen werden nicht aufgeklärt, wenn man nur die Verbrechen an Frauen betrachtet, sind es fast 99 Prozent. Viele von uns fragen sich: Warum werden die Frauen umgebracht? Wir sagen, dass es nicht unsere Aufgabe ist, das zu untersuchen. Dass es die Aufgabe des Staates ist, die Untersuchung dieses gewaltsamen Todes der Frauen zu übernehmen. Und infolgedessen ist ein Staat, der das Leben seiner Bevölkerung nicht garantiert, ein Mörderstaat. Es ist ein Staat, der verantwortlich für und schuldig an diesen Toten ist. Viele dieser Frauen werden nicht nur ermordet, sondern auch Opfer sexueller Gewalt. Viele

der ermordeten Frauen, die auf die Straßen geworfen werden, in Betttücher oder Säcke gewickelt, sind vergewaltigt und gefoltert worden. Das kann nicht akzeptiert werden.

*Meinem Eindruck nach gibt es viele Frauenmorde in ganz Zentralamerika und auch in Mexiko, aber die meisten in Honduras. Gibt es dafür eine Erklärung? Hat das mit der Armut zu tun? Von der Straflosigkeit hast du schon gesprochen. Welche besonderen Ursachen gibt es in Honduras?*

Da spielen sehr viele Faktoren hinein. Wir glauben nicht, dass man die Gewalt in Honduras nur mit einer Ursache erklären kann. Es gibt strukturelle Gründe. Natürlich muss man davon ausgehen, dass es die auch in El Salvador und Guatemala gibt. Konflikte sind in der ganzen Region immer mit Gewalt gelöst worden. In Honduras ist das sehr ausgeprägt als Folge eines schlimmen Caudillismus. Was man immer gemacht hat, war, statt Konflikte zu unterbinden, hat man die Konfrontation gewählt, das heißt, man hat Konflikte immer mit Gewalt gelöst und sie damit natürlich nicht gelöst. Eine andere Sache sind die Institutionen in Honduras. Sie sind unglaublich schwach und anfällig, es wird nichts untersucht, nicht bestraft und politische Maßnahmen zur Prävention gibt es auch nicht. Außerdem geht ein Großteil der Gewalt von den Institutionen selbst aus. Die Polizei ist gewalttätig, das Militär ist gewalttätig. Der hohe Grad der Militarisierung in Honduras ist ein ständiger Strom von Gewalt. Wir haben also gewalttätige Institutionen, die Gewalt fördern und eine Gesellschaft, die die Gewalttätigkeiten gegen die Frauen weder ethisch noch moralisch verurteilt. Im Gegenteil, auf die eine oder andere Weise ist der Gebrauch von Gewalt gegen den Körper von Frauen legitim.

Es gibt, wie gesagt, eine Menge von Faktoren. Ein anderer Faktor ist eng verbunden mit der Militarisierung, der Korruption, der Bedeutung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens in Honduras. Natürlich gibt es Drogenhandel und organisiertes Verbrechen in ganz Zentralamerika, aber Honduras ist das Hauptdurchgangsland für die Drogen auf ihrem Weg in die USA. Und in Honduras sind Akteure aus der Justiz und der Politik involviert in den Drogenhandel und in das organisierte Verbrechen oder sind sogar selbst ein Teil davon. Wir ha-



Gilda Rivera

Foto: Linda Nordahl  
Jakobsen, DanChurchAid



Alle vierzehn Stunden  
wird in Honduras eine  
Frau ermordet  
Quelle: CDM



Veranstaltung mit Gilda  
Rivera am 30. September  
2013 in München

ben also einen Staat in den Fängen des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, einen Staat, der in seiner Gänze Gewalt reproduziert und fördert. Ein Territorium, das sich in den Händen des Drogenhandels befindet, begeht massenhaft Gewalttätigkeiten.

Die Frauen werden dabei zur Beute der Gewalttätigkeiten der Männer. Denn häufig – das belegen einige bisher nur flüchtige Studien – bei Zusammenstößen von Gruppen, bei denen es den Beteiligten nicht gelang, die geplante Gewalt gegen den Gegner auszuüben, begehen diese Gewaltakte gegen Frauen. Sie richten die Gewalt gegen die Ehefrau, die Freundin oder die Mutter. So müssen wir erleben, dass eine Gruppe von Mördern sich gewaltsam Eintritt in ein Haus verschafft und ohne etwas zu sagen beginnt, auf die Frauen zu schießen. Was bedeutet das? Häufig kann dies eine Art Racheakt sein. Dabei ist es für uns fundamental festzustellen, dass der Staat nichts unternimmt, dass nicht ermittelt wird und dass es keine Verhaftungen gibt.

*Noch eine Frage, die sich mit dem Vergleich der Situation in den verschiedenen Ländern Zentralamerikas beschäftigt. In Guatemala, El Salvador und Nicaragua sind in der letzten Zeit neue Gesetze gegen den femicidio in Kraft getreten, die zwar noch nicht viel verändert haben, zumindest aber zeigen, dass es in diesen Ländern Kräfte gibt, vor allem Teile der Frauenbewegung, die die Situation ändern wollen. Gibt es ähnliche Entwicklungen in Honduras?*

Vor dem Staatsstreich haben wir in Honduras eine institutionenübergreifende Kommission geschaffen. Dort haben soziale Organisationen, die Frauenbewegung, Feministinnen und staatliche Institutionen über die Frauenmorde diskutiert. Mit dem Staatsstreich wurde das gestoppt. Trotzdem ging die Debatte weiter und Anfang dieses Jahres wurde innerhalb des Strafgesetzbuches ein Artikel eingeführt, der den femicidio betrifft<sup>3</sup>. Wie du glaube ich, dass die Gesetze wichtig sind, aber sie sind nicht das Ziel. Gesetze sind wichtige Instrumente im Kampf. Sie sind wichtige Botschaften. Aber wenn das Engagement und die Verantwortung des Staates, diese Gesetze anzuwenden, fehlen, wenn der Geist der Gesetze nicht respektiert wird, wenn keine Erziehung, die Gesetze zu befolgen, stattfindet, dann geschieht in Wirklichkeit nichts. Obwohl das Gesetz verabschiedet worden ist, kann man nicht erkennen, dass in der Justiz, bei den Richter\_innen, bei den für die Frauenmorde verantwortlichen Stellen irgend etwas geschehen wäre. Wie schon immer müssen die Frauenorganisationen Anstöße geben, damit Richter\_innen und Justizangestellte das Gesetz kennenlernen und sie müssen Druck ausüben, damit das

Gesetz angewendet wird. Aber wie schon immer fehlen auch diesmal die zur Anwendung des Gesetzes notwendigen finanziellen Mittel. Wir Frauen glauben, dass der Kampf für das Gesetz für uns zwar wichtig war, aber das Wichtigste ist und bleibt die Verantwortung des Staates für die Vorbeugung vor Gewalt. Wir wollen, dass der Extremfall, dass die Frauen umgebracht werden, nicht eintritt, sondern wir wollen dem vorbeugen. In diesem Sinne sehen wir das Gesetz gegen häusliche Gewalt<sup>4</sup>. Der Geist dieses Gesetzes ist vor allem vorbeugend und deshalb glauben wir, dass vor allem dieses Gesetz verbindlich angewendet werden muss. Aber so ist es eben bedauerlicherweise in unserem Staat: Die Gesetzgeber\_innen verabschieden Dinge, ohne von deren Notwendigkeit voll überzeugt zu sein, und ich glaube, in diesem Fall war es auch so. Verabschiedet wird etwas, weil Frauenorganisationen und soziale Bewegungen viel Druck gemacht haben, aber die Anwendung ist dann eine andere Sache. Wir stellen immer wieder fest, dass es eine große Kluft zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und seiner tatsächlichen Anwendung gibt. Das gilt weltweit und Honduras ist da keine Ausnahme. Wahrscheinlich ist in Honduras diese Kluft besonders groß, weil die Struktur unserer Institutionen so schwach ist.

*Etwas, was meiner Meinung auch in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung ist, ist die Armut. Honduras ist eines der ärmsten Länder auf dem amerikanischen Kontinent und geprägt von großen Unterschieden zwischen arm und reich. Welchen Einfluss hat diese Situation auf die Lage der Frauen und auf das Verhältnis zwischen Männern und Frauen?*

Von zehn Honduraner\_innen sind sieben arm und Honduras steht in Lateinamerika bei der Ungleichheit an dritter Stelle. Außerdem ist wohl bekannt, dass unter den Armen die Frauen die Ärmsten sind. Das ist so, weil es in einer Gesellschaft wie der Honduras' den Frauen auferlegt wird, die Krisen zu bewältigen. Wenn neoliberale Politikansätze an Stärke gewinnen und Beschäftigte entlassen werden, dann sind immer Frauen die ersten, die entlassen werden. Wenn sie dagegen eingestellt werden, dann verdienen sie sehr viel weniger als die Männer. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass in Honduras auf dem Land die Frauen 35 Prozent dessen verdienen, was den Männern gezahlt wird. Das ist unglaublich viel weniger. Das heißt, Krisen werden auf dem Rücken der Frauen verwaltet. Wenn ein Staat die Rechte einschränkt, wie zum Beispiel das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Erziehung, dann hat das vor allem Folgen für die Frauen. Wenn sich ein Staat zum Beispiel nicht um die Betreuung der Alten und der Behinderten kümmert, dann müssen die Frauen das übernehmen, ohne dass sie dafür zusätzlich be-



zahlt würden. Auf den Schultern der Frauen lastet nicht nur die produktive Arbeit, sondern auch die reproduktive Arbeit. Außerdem ist Honduras ein Land, das seine Bevölkerung aus dem Land treibt. Honduras ist eins der Länder mit der stärksten Migration. Das bedeutet, dass die Frauen alleine zurück bleiben oder die Großmütter, wenn auch die Frauen gehen, denn auch deren Zahl steigt ständig. Die Armut hat zwar ganz verschiedene Auswirkungen, aber die Folgen spüren Frauen sehr viel stärker als Männer. Wenn Männer ermordet werden, wenn Männer die Familie verlassen, wie sie es immer gemacht haben, um sich aus ihrer Verantwortung für die Familie zu stehlen, die Folgen der Migration ins Ausland oder in andere Landesteile, wenn der Staat die Rechte auf Erziehung, Gesundheit, Wohnung usw. aufgibt, von all dem oder den Situationen, die wir im Land erleben, sind die Frauen betroffen. Sie leiden stärker unter der Armut als die Männer. Das Gleiche erleben wir auch bei der Prekarisierung der Arbeit und der Flexibilisierung der Arbeitszeit. In den Maquilas in Honduras wird das Arbeitsrecht, das einen Achtstundentag vorschreibt, nicht eingehalten. Im Augenblick sind dort zwölf Stunden die Regel und der größte Teil der Arbeitskräfte sind Frauen. Sie werden eingestellt unter anderem wegen ihrer Geschicklichkeit, aber auch weil sie weniger stark organisiert sind. Aus all diesen Gründen sind die Frauen also sehr viel stärker betroffen als die Männer.

*Noch kurz eine Frage zur Rolle der Frauen im Widerstand. Wie siehst du das? Ich glaube, dass es da sehr bedeutende Persönlichkeiten gibt, vor allem bei den indigen Bewegungen.*

Ich glaube, dass seit dem Staatsstreich die stärkste Kraft innerhalb derer, die auf die Straße gehen, die Frauen sind. Dazu gehören Organisationen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen, die wir nicht unbedingt mit Präsident Zelaya einer Meinung waren. Aber uns war klar, dass ein Staatsstreich ein bedeutender Rückschritt war innerhalb unseres so rückständigen Staatswesens, in dieser Demokratie, die erst an ihrem Beginn stand. Außerdem war offensichtlich, wer diesen Staatsstreich unterstützte: Das war die Gruppe der religiösen Fundamentalist\_innen. Deshalb sind wir Feministinnen auf die Straße gegangen und daraus entstand eine Bewegung, die sich Feministinnen im Widerstand nennt und Botschaften geprägt hat wie das sehr berühmte Motto „Kein Schlag gegen den Staat, keine Schläge gegen die Frauen!“ In Honduras haben die Frauen schon immer wichtige Führungspersönlichkeiten gestellt, wie zum Beispiel in den 1980er Jahren im Kampf für die Verschwundenen und gegen die Folterungen. Es waren Frauen, die damals die Leitung übernommen haben. So sind auch

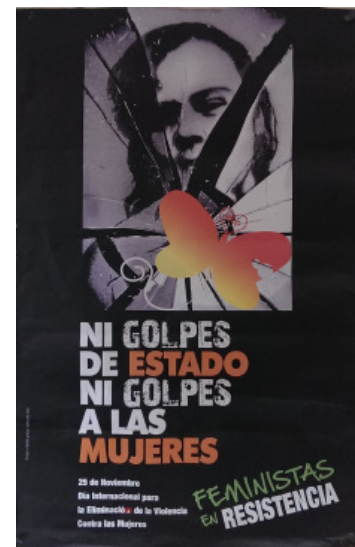
heute Frauen mit an der Spitze bei der Verteidigung des Grund und Bodens und des Gemeineigentums. Bertha Cáceres und Miriam Miralda sind Namen, die jeder kennt. Aber darüber hinaus gibt es eine Menge Frauen, die nicht bekannt sind. Bei unserer Arbeit können wir feststellen, wie riesengroß die Zahl der Frauen ist, die sich den Großgrundbesitzer\_innen und den transnationalen und nationalen Unternehmen entgegenstellen, die sich Wasser, Bodenschätze und Wälder aneignen wollen. Dies gilt genauso für den Kampf gegen die Gewalt, die wir erleiden, weil wir Frauen sind. Das heißt, wir Frauen spielen eine wichtige Rolle im nationalen Widerstand. Wir Frauen sind trotz der Schläge, die wir bekommen, weiter fähig zur Hoffnung, zur Freude und zur Solidarität zwischen uns. Ich glaube, dass dies in Honduras gezeigt worden ist. Außerdem haben wir Allianzen geschlossen und Netze geknüpft. Dies geschah nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auch mit vielen Ländern auf unserem Kontinent und mit Frauen der ganzen Welt. Das sind Zeichen der Hoffnung und der Lebendigkeit der Bewegung in Lateinamerika.

*Zum Schluss und weil du gerade von Hoffnung sprichst: In Honduras stehen Wahlen an. Ist dies auch Anlass zur Hoffnung für die Frauen?*

In dieser Hinsicht bin ich persönlich etwas skeptisch. Ich glaube, dass die Probleme in Honduras sehr viel komplexer sind, als dass sie sich einfach mit Wahlen lösen ließen. Denken wir an die Regierung von Mel Zelaya, der nur ein paar Reformen wollte. Es war keine Rede von strukturellen Änderungen, nur ein paar Reformen! Und diese Reformen, dieser Versuch von Reformen, führten zu einem Staatsstreich, führten dazu, dass die Gruppen, die tatsächlich hegemonial die Macht ausüben, einen Staatsstreich anzettelten. Unter diesem Aspekt glaube ich, dass die Wahlen im Kongress und sogar in der Exekutive neue Gesichter hervorbringen können. Die Leute von der neuen Partei LIBRE machen selbstverständlich Hoffnung, aber das ist nicht genug. Ich glaube, dass die größte Kraftanstrengung für den Wandel in Honduras vom Volk geleistet wird. Meine Hoffnung und Verpflichtung zum Kampf ruhen auf der organisierten Bevölkerung: in den Gemeinden, in den Städten, auf Künstlern, Jugendlichen, Frauen, der LGTB-Bewegung. Sie ruhen auf der Unzahl von organisierten Gruppen, mit denen wir neue Richtungen wählen und dorthin gehen können. Dort liegt meine Hoffnung. Die internationale Solidarität spielt dabei eine wichtige Rolle.

*Vielen Dank für das Gespräch.  
Dank an euch für die Gelegenheit.*

Das Interview führten Eberhard Albrecht und Andrea Lammers.



*Kein Schlag gegen den Staat, keine Schläge gegen Frauen.*

- 1 „Ni golpe de Estado, ni golpes a las mujeres!“ Ein Wortspiel, das sich nicht ins Deutsche übersetzen lässt, da *golpe de estado* auch der Staatsstreich ist.
- 2 *Centro de Derechos de Mujeres* <http://www.derechosdelamujer.org>
- 3 *Die Reform ist seit dem 6. April 2013 in Kraft* [http://sjdh.gob.hn/20130426\\_En\\_vigencia\\_reformas\\_al\\_Codigo\\_Penal\\_que\\_tipifica\\_el\\_delito\\_de\\_femicidio](http://sjdh.gob.hn/20130426_En_vigencia_reformas_al_Codigo_Penal_que_tipifica_el_delito_de_femicidio)
- 4 *Gilda Rivera bezieht sich hier auf das Ley Contra la Violencia Doméstica von 1997, das seit 1998 in Kraft ist* [http://www.oas.org/dil/esp/Ley\\_contra\\_la\\_violencia\\_domestica\\_Honduras.pdf](http://www.oas.org/dil/esp/Ley_contra_la_violencia_domestica_Honduras.pdf)



Ein bisschen LIBRE

## Nach der Wahl im November steht die honduranische Resistencia weiterhin einer Regierung der Oligarchie gegenüber, hat aber erstmals eine parlamentarische Vertretung

Von Johannes Schwäbl, Paula Brücher, Andrés Schmidt

Honduras wurde im Juni 2009 durch einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya erschüttert. In den Monaten nach dem Putsch kam es durch Polizei und Militär zu gravierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen die honduranische Bevölkerung. Die auf den Putsch folgende Regierung von Porfirio Lobo diente den Interessen der einheimischen Oligarchie und stand für Korruption, Straflosigkeit und wirtschaftliche Stagnation. Als Reaktion auf den Putsch hatte sich die Bewegung Resistencia FNRP (Nationale Front des Volkswiderstands) gebildet, in der sich unterschiedliche soziale Gruppierungen zusammengeschlossen hatten. Im Jahr 2011 entschloss sich ein Teil der Bewegung eine Partei zu gründen: Libertad y Refundacion (Freiheit und Neugründung), kurz LIBRE genannt. Die Menschenrechtsverletzungen der Putschregierung sollten „an der Urne bestraft werden“, gab Ex-Präsident Zelaya als Losung aus. Seine Frau Xiomara Castro wurde Präsidentschaftskandidat\_in, er selbst kandidierte für den Kongress. Die Hoffnung war groß: Viele Umfragen bestätigten, dass LIBRE die Wahlen gewinnen könne.

Die Hälfte der Honduraner\_innen lebt laut Weltbank unter der Armutsgrenze. Honduras hat laut einer UN-Statistik die weltweit höchste Mordrate in einem Land ohne Krieg. Das Land steht vor dem Staatsbankrott. Statt gegen den Drogenhandel vorzugehen, sind staatliche Institutionen selbst an der organisierten Kriminalität beteiligt. Die regierende PNH (Nationale Partei) fährt einen strikt neoliberalen Kurs, infolgedessen sich Armut und Ungleichheit im Land verschärfen. Im ganzen Land gibt es schwere Auseinandersetzungen, bei denen es vor allem um Zugang zu Land geht. Die Konfliktlinien: Kleinbauern und -bäuerinnen und Indigene kämpfen für den Erhalt ihrer Lebensgrundlage, während die Regierung Land für Großprojekte (z.B. Staudämme, Minen, Tourismus-Resorts) an einheimische und internationale Investor\_innen vergibt. Um die Interessen der Investor\_innen durchzusetzen, werden Militär und Polizei gegen die Bevölkerung eingesetzt, wobei sie systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen. Häufig werden Aktivist\_innen ermordet, entweder offen durch staatliche Organe oder durch Auftragsmörder\_innen. Es herrscht eine allgemeine Straflosigkeit. Nur in 20 Prozent aller Kriminalfälle wird überhaupt ermittelt.

Für LIBRE war der Weg zur Wahl von schweren Behinderungen begleitet. Im Oktober 2013 gab die kanadische Organisation Rights Action eine „Unvollständige Liste von Tötungen und bewaffneten Angriffen im Kontext des Wahlkampf 2012-13“ heraus: Von den 36 dokumentierten Morden an Kandidat\_innen, Aktivist\_innen und deren Angehörigen wurden allein 18 an Angehörigen der Partei LIBRE verübt, so viele wie bei allen anderen Parteien zusammen. Ein klares Missverhältnis zugunsten der regierenden PNH bestand in den finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung der Wahlkampagne. So ermittelte etwa die Wahlbeobachtungskommission der EU, dass 66 Prozent der Wahlplakate in Tegucigalpa von der PNH aufgestellt wurden. Unregelmäßigkeiten betrafen das Wahlregister, hier nennt die EU-Mission eine Fehlerquote von 30 Prozent. Die Regierungspartei verteilte in großem Umfang Wahlgeschenke, etwa Küchenherde, und drohte mit der Einstellung von Zahlungen aus dem Armutsbekämpfungsprogramm der Weltbank im Falle ihrer Wahlniederlage. Anhänger\_innen der PNH dominieren in allen staatlichen Institutionen. Das ist besonders im Obersten Wahlrat (TSE) von entscheidender Bedeutung.

Am Wahlsonntag selbst kam es zu weiteren Unregelmäßigkeiten. Beobachter\_innen, darunter die der internationalen Organisationen FIDH<sup>1</sup>, SOA-Watch<sup>2</sup>, „La Voz de los de Abajo“<sup>3</sup> und die Honduras-Delegation aus dem deutschsprachigen Raum, berichteten von Stimmenkauf durch die PLH (Liberale Partei) und PNH, illegalem Handel mit Wahlhelfer\_innenausweisen zugunsten der PNH, Manipulation des Wahlregisters und der Abwesenheit der aus anderen Gemeinden kommenden Wahlaufseher\_innen (custodios). Noch am selben Abend wurde die erste Hochrechnung verkündet, die Juan Orlando Hernández von der PNH mit über 34 Prozent als Gewinner\_in mit solidem Vorsprung vor Xiomara Castro sah. LIBRE, die Antikorruptionspartei PAC und zu Beginn auch die PLH äußerten bereits am Montag, nach der Wahl, dass sie das Wahlergebnis nicht anerkennen würden. Einen Tag später, am Dienstag, 26. November, gab die Direktor\_in der Wahlbeobachtungsmission der EU, die österreichische Grünen-Abgeordnete Ulrike Lunacek, bekannt, die Wahl sei nach ihren Beobachtungen „transparent und friedlich“ verlaufen, auch wenn es im Vorfeld deutliche Unregelmäßigkeiten gegeben habe. Die Anfechtung seitens drei der vier großen Parteien erwähnte sie mit keinem Wort – die honduranischen Medien griffen dies dankbar auf. Am folgenden Wochenende



*Xiomara Castro, Mel Zelaya und Führungsmitglieder der Partei LIBRE mit dem Sarg des ermordeten Aktivisten José Antonio Ardón bei einer Demonstration vor dem Obersten Wahlrat*



*„Internationale Beobachter: In Honduras war nichts transparent“*

kam es bereits wieder zu Morden an Aktivist\_innen von LIBRE, Opfer waren José Antonio Ardón und Eugenio Zavala Melgar, Mitglieder der sogenannten Motorradstaffel. Nach zwei Wochen erklärte der Oberste Wahlrat, seinerseits dominiert von der PNH, die Anfechtungen von LIBRE und PAC für nichtig und verkündete das offizielle Ergebnis: Mit 36,9 Prozent gewinnt Juan Orlando Hernández, 28,8 Prozent gehen an Xiomara Castro. Es ergibt sich eine Sitzverteilung von 48 für PNH, 37 für LIBRE, 27 für die PLH, 13 für die Antikorruptionspartei PAC und je ein Sitz für die Kleinparteien PINU, UD und DC. Xiomara Castro kündigte an, über die von LIBRE gewonnenen 37 Parlamentssitze und 31 Bürgermeisterämter Oppositionspolitik machen zu wollen und regte an, über die FNRP zusätzlich den außerparlamentarischen Widerstand zu intensivieren. Vertreter\_innen der außerparlamentarischen Widerstandsbewegung kommentierten das Ergebnis gelassen. Betty Matamoros von Alter Eco, einer Organisation zur Förderung kommunitärer Radiosender, schätzt den Militaristen und ultrarechten Juan Orlando Hernández zwar gefährlicher ein als seinen Vorgänger und Parteifreund Lobo: „Mit der Militärpolizei PMOP hat er sich ein Instrument geschaffen, das eigentlich nur er selbst kontrolliert.“ Aber, so Berta Cáceres von der Lenca-Organisation COPINH: „Die 37 Abgeordneten von LIBRE werden ihm schon gewisse Kopfschmerzen machen.“ LIBRE ist zwar im Parlament die zweitstärkste Kraft, aber die Parteien der Oligarchie, PNH und PLH, haben gemeinsam die absolute Mehrheit.

Leo Gabriel, österreichischer Aktivist und Teilnehmer der EU-Wahlbeobachtungsmission, übt heftige Kritik am Zustandekommen des EU-Berichts zur Wahl in Honduras. Seine und die Beobachtungen vieler anderer Beobachter\_innen seien trotz Protestes verschwiegen worden. Mit der schnellen Anerkennung noch am Wahltag selbst legitimierte die EU-Mission einen Wahlprozess, bei dem ganz offensichtlich die Parteien der traditionellen Oligarchie eine Vielzahl von legalen und illegalen Maßnahmen ergriffen, um

ihre Machtinteressen abzusichern. Gabriel stellt Vermutungen über die politische Interessenlage der EU in Honduras an: „Einen sauberen und transparenten Wahlprozess zu präsentieren hilft der Europäischen Union, das Image von Honduras in der Welt zu verbessern und das jüngst abgeschlossene Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika in Gang zu setzen.“

Mit den Wahlen wurde die Zweiparteienherrschaft der PLH und der PLH im Kongress durchbrochen. Da die neue parlamentarische Opposition eine ernsthafte Gefahr für die bisherige Hegemonie von PLH und PNH im Kongress darstellt, wurden vor der neuen Legislaturperiode noch schnell vollendete Tatsachen geschaffen. Zwischen den Wahlen und dem Beginn der neuen Legislaturperiode verabschiedete der Kongress über 120 Dekrete und Gesetze. Unter anderem wurde die Mehrwertsteuer von 12 auf 15 Prozent erhöht, die Privatisierung der staatlichen Stromwerke ENEE und der staatlichen Telefongesellschaft Hondutel beschlossen und die Presse- und Informationsfreiheit durch das Gesetz über geheime Informationen erheblich eingeschränkt. Das Gesetz zur Optimierung der öffentlichen Verwaltung, welches Einsparungen im Staatsapparat bewirken soll, erweitert die Machtbefugnisse der Exekutivgewalt. So wird ihr das alleinige Recht übertragen, staatliche Ämter oder Organe zu gründen, zu modifizieren oder zu schließen. Durch diese Änderungen könnte die Regierung ohne die Zustimmung des Kongresses Abkommen und Genehmigungen unterzeichnen, befürchten Kritiker\_innen.

Bereits bei den ersten Sitzungen des neuen Kongresses am 21. Januar 2014 zeigte sich die autoritäre Tendenz der PLH. Bei der durch den Innenminister Áfrico Madrid geleiteten Sitzung wurde den Abgeordneten der Opposition aus LIBRE, PAC und PINU, die einen eigenen Vorschlag für den Kongressvorstand vorbringen wollten, trotz vielfacher Meldungen nicht das Wort erteilt. Dies führte zu heftigen Protesten der Abgeordneten und tumultartigen Szenen im Kongress. Gegen den Willen der Vertreter\_innen der Opposition wurden am 23. Januar die Abgeordneten der PNH, Mauricio Oliva Herrera und Gladys Aurora López, zum Kongresspräsidenten und zur Vizepräsidentin ernannt. Von den zwölf zu vergebenden Posten wurden zehn von der PNH besetzt, ein Posten ging jeweils an die Miniparteien, die christdemokratische CD und die sozialdemokratische UD. Die Oppositionsparteien LIBRE, PAC und PINU sind nicht im Kongressvorstand vertreten, die PLH hat alle Posten abgelehnt. „All diese Ereignisse in den ersten Versammlungen des Nationalkongresses zeigen uns, was wir in den nächsten vier Jahren erleben werden“, kommentierte der politische Sach-



*Neue paramilitärische Polizeieinheiten stehen symbolisch für den Regierungsstil der Regierung Hernández*

verständige Julio Escoto.

Die Amtseinführung des Präsidenten Juan Orlando Hernández am 27. Januar im nur spärlich gefüllten Stadion von Tegucigalpa war dann weniger spektakulär. Die Abgeordneten von LIBRE nahmen nicht am offiziellen Akt teil, sondern beteiligten sich an einer Demonstration, zu der die Partei und die FNRP an diesem Tage aufgerufen hatte. Bereits mit den ersten Amtshandlungen setzte Hernández seine angekündigte Politik der harten Hand in die Tat um. Direkt nach seiner Vereidigung ordnete Hernández den Beginn der „Operation Morazan“ an. Dadurch soll die allgemeine und organisierte Kriminalität in Problemzonen bekämpft werden. An der Operation sind neben der zivilen Polizei auch die militärische Polizei für Öffentliche Ordnung (PMOP) und die Spezialeinheit TIGRES (Tropa de Inteligencia y Grupos de Respuesta Especial de Seguridad) beteiligt. Durch die Aktion wurden Stadtviertel in Tegucigalpa und San Pedro Sula militarisiert und Einwohner\_innen wurden willkürlichen Kontrollen ausgesetzt. Vor allem die PMOP und die TIGRES, deren Gründung Hernández als Kongresspräsident\_in vorangetrieben hatte, werden von Menschenrechtsorganisationen stark kritisiert. Die Trennung von ziviler Polizei und Militär, welche in Honduras erst seit 1993 existiert und nie vollkommen durchgeführt wurde, wird damit wieder aufgehoben. Die Operation Morazan wurde auch auf andere Regionen, wie die Krisenregion Bajo Aguan, in der der Landkonflikt zwischen Kleinbauern und -bäuerinnen und Großgrundbesitzer\_innen bisher über 120 Todesopfer forderte, ausgeweitet.

„Es bahnt sich ein Krieg der niederen Intensität an. Die Einheiten TIGRES und die militärische Polizei (PMOP) werden gebildet von Soldaten, die nur in der Aufstandsbekämpfung und dem Krieg niederer Intensität trainiert wurden, um sie auf die Straße loszulassen. Die Gründung dieser zwei Einheiten und die Förderung der bewaffneten Streitkräfte dienen dazu, die Diktatur zu stärken und zu schützen“, erklärte María Luisa Borjas, ehemalige Direktorin für innere Angelegenheiten der zivilen Polizei. Zur Zentralisierung der Macht und dem Ausschalten und Abbau demokratischer Strukturen dient auch das bereits erwähnte Gesetz zur Optimierung der öffentlichen Administration. Mit der Begründung der Einsparung hat die Regierung Hernández mehrere Ministerien geschlossen beziehungsweise zusammengefasst. Die bestehenden 38 Ministerien der Regierung Porfirio Lobos wurden auf 15 reduziert. Diese 15 Ministerien werden vom Präsidenten, einem Generalkoordinator der Regierung und sieben Minister\_innen koordiniert. Unter anderem wurde das Ministerium für Menschenrechte und das Ministerium für indigene Angelegenheiten, welche erst

unter Präsident Lobo gegründet wurden, als eigenständige Ministerien aufgelöst und anderen Ministerien zugeschlagen. Auch der Ausverkauf der natürlichen Ressourcen des Landes, welche Hernández bereits als Kongresspräsident\_in vorantrieb, wurde weiter ausgebaut. Das Projekt der Arbeits- und wirtschaftlichen Entwicklungszonen (ZEDE), ein Nachfolgeprojekt der für verfassungswidrig erklärten Modellstädte, wurde in den letzten Wochen weiter konkretisiert. So soll nun eine erste Zone in Zusammenarbeit mit einer südkoreanischen Firma in der südlichen Region um Choluteca entstehen. Nach der Vergabe von Konzessionen zur Erdölförderung vor der Küste der Moskitia im Nordosten des Landes an British Gas ist eine weitere Konzessionsvergabe an Chevron im Gespräch. Ein verabschiedetes Gesetz zum Klimawandel stößt vor allem bei indigenen Organisationen wie OFRANEH auf Kritik, da dies auf die weitere Förderung des Anbaus von Ölpalmen und das umstrittene Waldschutzprogramm REDD+ setzt. Trotz massiver Kritik von Kleinbauern und -bäuerinnen und Umweltorganisationen am Anbau der Afrikanischen Ölpalme will Hernández die Palmölplantagen im Land um weitere 125 Tausend Hektar fast verdoppeln.

Durch die Machtübernahme Hernández ist eine Verbesserung der sozialen und politischen Situation und der Menschenrechtslage in Honduras augenscheinlich noch weiter in die Ferne gerückt. Der Einzug neuer Parteien in den Kongress bleibt dabei nur ein kleiner Hoffnungsschimmer und die nächsten Monate müssen erst zeigen, ob es einer parlamentarischen Opposition gelingen kann, im Kongress effektiven Widerstand gegen die autoritäre Politik der PNH zu leisten. Nicht zuletzt hängt dies auch von der Unterstützung der sozialen Bewegungen und dem Druck auf der Straße ab. Vor allem die weitere Organisation und Vernetzung lokaler Kämpfe wird im Kampf gegen den Ausverkauf des Landes eine wichtige Rolle spielen. So konnten, entgegen der düsteren Aussichten, vor allem indigene Kämpfe jüngst einige Erfolge erzielen und Alternativen zum derzeitigen System aufzeigen. Der Bau des Staudammprojektes Agua Zarca in der Region Río Blanco wird nun seit fast einem Jahr von den im COPINH organisierten Dorfgemeinschaften erfolgreich blockiert. In dem Dorf Nueva Esperanza konnte durch den friedlichen, aber entschlossenen Widerstand der Einwohner\_innen das Bergbauunternehmen Minerales Victoria vertrieben werden und im indigenen Landkreis San Francisco Opalaca verhinderte die Bevölkerung die Einsetzung eines Bürgermeisters, dem Wahlbetrug vorgeworfen wird. Stattdessen wurden vor wenigen Wochen der rechtmäßigen Bürgermeister Entimo Vásquez und indigene Räte eingesetzt.

<sup>1</sup> *Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (FIDH) Internationaler Dachverband von Menschenrechtsorganisationen*

<sup>2</sup> *School of the Americas Watch Organisation aus den USA gegen die Militärpolitik der USA im Lateinamerika*

<sup>3</sup> *Hondurassolidaritätsgruppe aus den USA*

# Kolumbien



Die Zivilgesellschaft kämpft in Kolumbien seit Jahrzehnten für Frieden und Menschenrechte

## Zwischen Krieg und der Hoffnung auf Frieden

*Das Ökumenische Büro hat sich 2013 in zwei Veranstaltungen zum ersten Mal intensiver mit Kolumbien beschäftigt. Kolumbien liegt zwar nicht in Zentralamerika, hat aber vieles mit El Salvador oder Honduras gemeinsam. Staatliche und parastaatliche Gewalt bestimmen seit Jahrzehnten das Leben vieler Menschen. Der soziale Widerstand der Opfer und deren Ruf nach Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen üben aber immer größeren Druck auf die Mächtigen aus.*

### **Macht Erinnerung Frieden?**

(cw) In Kolumbien hat sich in den letzten Jahren einiges verändert – auch vieles in eine positive Richtung! Die Demobilisierung des paramilitärischen Dachverbandes *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) rückte eine bis dahin weitgehend unsichtbare,

aber enorm große Bevölkerungsgruppe immer weiter ins Zentrum der Aufmerksamkeit: die Opfer des seit Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konfliktes.<sup>1</sup> Der Staat verschreibt sich seit der Verabschiedung des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ im Jahr 2005 einem Wiedergutmachungsprojekt, durch das die Opfer symbolisch anerkannt und materiell entschädigt werden sollen. Doch die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Konfliktes betrifft nicht nur staatliche Akteur\_innen. Vielmehr scheint in einem großen Teil der kolumbianischen Gesellschaft ein Aufarbeitungs- und Reflexionsprozess begonnen zu haben, in dem die Frage des „¿Por qué?“ (Warum?) lauter denn je gestellt wird. Ohne das Empowerment der Opfer- und Menschenrechtsbewegung wäre es aber weder zu der staatlichen Reparationspolitik noch zu einer stärkeren Aufmerksamkeit der urbanen Mittelschicht für

das Schicksal der Millionen Opfer gekommen. Der physischen Gewalt ging in vielen Fällen die rhetorische voran. Letztere ging nicht nur von paramilitärischen Gruppen aus, sondern auch von Unternehmer\_innen, Politiker\_innen und den Medien. Bis heute bleibt die Stigmatisierung als Kollaborateure der Guerilla für viele *campesinos* und Aktivist\_innen eine der schmerzvollsten Erfahrungen: „Wir wurden nicht wie Besitzer dieses Landes behandelt, nicht wie Besitzer dieses Rechts, weil man den Begriff des Bürgers durch den des *guerrilleros* ersetzt hat. (...) Ich glaube, das war das Schlimmste. Zu sehen, wie deine Mitbürger dich ablehnen“, sagte ein Gemeindeführer der vertriebenen Gemeinde Mampuján in einem Interview.<sup>2</sup>

Das Vertrauen der Millionen Leidtragenden eines Krieges, von dem einige wenige profitierten, wiederherzustellen, wird sich als eine langwierige und konfliktreiche Aufgabe für Staat und Gesellschaft herausstellen. Beispielhaft für das gesamtgesellschaftliche Projekt der Aufarbeitung kann das *Centro Nacional de Memoria Histórica* stehen, in dem Vertreter\_innen staatlicher Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen die Geschichte der Gewalt auf der Grundlage tausender Berichte von Zeitzeug\_innen rekonstruieren. Solche Initiativen können wichtige Anstöße für Veränderungen in der Gewaltkultur geben, also in der Art und Weise, wie in einer Gesellschaft mit Gewalt umgegangen wird. Die wohl bemerkenswerteste Folge des Bewusstseinswandels ist aber die Tatsache, dass die aktuelle Regierung unter Juan Manuel Santos ein bis vor wenigen Jahren undenkbares Ziel in die öffentliche Debatte zurückholte, nämlich den Konflikt mit den FARC<sup>3</sup> durch einen Friedensvertrag zu beenden. Seit Oktober 2012 wird in Havanna verhandelt. Inzwischen gibt es schon Übereinkünfte in den Punkten ländliche Entwicklung und politische Partizipation. Die öffentliche Stimmung gegenüber dem Prozess ist ausgesprochen positiv, verglichen mit dem Klima des Hasses und Misstrauens nach gescheiterten Verhandlungen zu Beginn der 2000er – ein wichtiges Kapital des *Uribismo*.<sup>4</sup> Mit der Partei Centro Democrático gelang dem Expräsidenten Álvaro Uribe inzwischen eine Neuauflage der rechten Unternehmer\_innen- und Großgrundbesitzer\_innenvertretung im Kongress. Diese macht sich beharrlich daran, die Verhandlungen in Havanna politisch zu sabotieren. Zumindest konnten die FARC der Bevölkerung ihre Ernsthaftigkeit durch zwei kurzzeitige Aussetzungen der Gewalt gegen die Armee im Dezember 2012 und 2013 zeigen. Auch konnten sie sich über ihren Sprecher Pablo Catatumbo zu der Anerkennung durchringen, dass „die Reihen der FARC viele Grausamkeiten und Schmerz verursachten“.<sup>5</sup> Kurz vorher hatte der Präsident zum ersten Mal von der Verantwortung

des Staates als Ganzem in gravierenden Menschenrechtsverbrechen gesprochen. Jenseits der großen Äußerungen bei den Verhandlungen auf Kuba und in der Regierungspolitik in Bogotá scheint ein gesellschaftlicher Frieden aber nur durch die Integration der Ausgeschlossenen erreichbar zu sein. Schließlich hängt das Prinzip der Nicht-Wiederholung von Menschenrechtsverbrechen eng mit der Annäherung der verwundbarsten Bevölkerungsteile an den Rechtsstaat zusammen.

### Die Arbeit des Ökumenischen Büros zu Kolumbien

Warum beschäftigt sich nun das Ökumenische Büro seit Kurzem auch mit Kolumbien? Der kolumbianische Unternehmensberater Alejandro Pacheco Zapata findet, dass der Friedensprozess in Kolumbien von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa begleitet werden sollte – gerade jetzt, wo die EU durch den Freihandelsvertrag mit Kolumbien mehr denn je von den Rohstoffgeschäften profitiert. „Wenn wir die ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten in Kolumbien unterstützen wollen, müssen wir zunächst die komplexen Ursachen der Gewalt verstehen. Die alten Klischees über Pablo Escobar und Drogenkartelle greifen da viel zu kurz“, meint er. Deshalb entschied er sich, im Rahmen eines Praktikums im Öku-Büro eine Veranstaltungsreihe über die Gewalt in seinem Land zu organisieren. Dem Projekt schlossen sich bald einige Unterstützer\_innen aus dem Öku-Büro und von außerhalb an.

Für die erste Veranstaltung am 2. Juli 2013 konnten wir eine Reihe namhafter Referent\_innen gewinnen. Die Journalistin Dr. Nelly Castro zeigte in ihrer historischen Einführung, dass die Landkonzentration in wenigen Händen die Hauptursache der Gewalt in Kolumbien darstellt. Als zu Beginn der 1980er Drogenhändler\_innen immer mehr Land aufkauften und sich widerrechtlich aneigneten, um illegale Gelder zu waschen und sozial in den Kreis der Großgrundbesitzer\_innen aufzusteigen, wurde diese Auseinandersetzung weiter verschärft. Der moderne Paramilitarismus, der aus einer Allianz dieser neuen Eliten, Unternehmer\_innen und Militärs hervorging, brachte den bewaffneten Konflikt durch zahlreiche Massaker auf eine noch grausamere Ebene. Solange die tief verwurzelten Konflikte um die Landnutzung nicht bearbeitet werden, glaubt Nelly Castro, ist auch nach einem Friedensvertrag mit der Guerilla nicht mit einem Ende der Gewalt zu rechnen. Die über vier Millionen intern Vertriebenen, denen die Regierung als Teil der Reparation nun ihre geraubten Ländereien rückerstatten will, sind das offensichtlichste Symptom der Landkonflikte.

## Kolumbien

Der vierte Versuch:  
Repräsentant\_innen der  
Regierung und der FARC  
verhandeln in Havanna  
Bildnachweis: (Mit  
freundlicher  
Genehmigung der)  
Fundación Paz y  
Reconciliación (Bogotá)



Nach diesem düsteren Schnelldurchlauf durch die Geschichte berichtete Camilo Martínez von der NGO Yanapaqui über ein friedentiftendes Selbstorganisationsprojekt. Im *barrio* La Paralela in Medellín setzen ca. 20 Familien ihr traditionelles Wissen ein, um die Fläche einer ehemaligen Müllhalde landwirtschaftlich zu nutzen. Angesichts der weltweiten Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung ist diese Initiative urbaner Landwirtschaft auch aus einer entwicklungspolitischen Perspektive interessant. Yanapaqui will mit seinen Projekten die kommunale Organisation der Bevölkerung auf dem Land und in den Armenvierteln fördern und gegen die Macht transnationaler Agrarunternehmen sowie die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ankämpfen.

Liliana Uribe von der *Corporación Jurídica Libertad* brachte die Verantwortung der staatlichen Sicherheitspolitik bei der Terrorisierung der Bevölkerung zur Sprache. Für die Europäer\_innen, aber auch für die meisten Kolumbianer\_innen sei der Krieg nur schwer begreifbar, da das Denken, dass ein Staat im Sinne des Gemeinwohls und einer Verfassung handelt, tief in uns verankert sei. Deshalb „scheint es unglaublich, dass die Paramilitärs, die in kriminellen Strukturen organisiert sind und viele Verbrechen gegen die Bevölkerung begangen haben, einmal vom Staat gesetzlich ins Leben gerufen wurden!“ Liliana Uribe versicherte uns, dass die tausende außergerichtlichen Hinrichtungen vor allem auf eine breite und sinnentleerte Definition von Subversiven und Staatsfeinden zurückzuführen sind. In Kolumbien werden diese willkürlichen Hinrichtungen von Unbeteiligten, mit denen die Streitkräfte Erfolge im Kampf gegen die Guerilla präsentieren wollen, mit dem Begriff der „falschen Positiven“ beschönigt. In den beiden Amtsperioden Uribes fielen dieser perfi-

den Praxis von Armee und Paramilitärs, Jugendliche zu entführen, sie in Guerilla-Uniformen zu stecken und dann zu ermorden, 3.500 Menschen zum Opfer.<sup>6</sup>

In der zweiten Veranstaltung am 30. November 2013 wollten wir jungen Nachwuchsforscher\_innen und Aktivist\_innen die Gelegenheit geben, ihr Wissen zu teilen. Zunächst stellten der Jurist Alejandro Guerrero Torres und die Erinnerungsforscherin María Paula Santana González sehr prägnant das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ (2005) und das Gesetz für Opfer und Rückerstattung geraubter Ländereien von 2011 vor. Während das Gesetz von 2005 stark von der Stoßrichtung der Demobilisierungsverhandlungen zwischen Regierung und der AUC beeinflusst war, will man nun mit dem neuen Gesetz den Opfern eine staatliche, von den Strafverfahren unabhängige Wiedergutmachung garantieren. Eine wichtige Erkenntnis beider Vorträge war, dass die juristischen Verfahren der Gesetze oft sehr weit von der Realität der Opfer entfernt sind – sowohl in räumlicher als auch in kultureller Hinsicht. Christian Wimberger vom Öku-Büro zeigte im Anschluss anhand des kollektiven Reparationsprozesses für die Gemeinde Mampuján, dass die Opfer durch den Anerkennungskampf mit den staatlichen Behörden als selbstbewusste politische Akteure\_innen gestärkt werden. Da die Behörden im Reparationsprozess immer wieder ihre Versprechen brachen, mussten sich die Gemeindeführer\_innen Wissen über institutionelle und juristische Zusammenhänge aneignen und ihre Forderungen in Medien und über Opfernetzwerke äußern. Schließlich stellte Alejandro Pacheco in seinem Vortrag die Frage, warum die Länder Lateinamerikas immer mehr militarisiert werden. Besonders interessant war hierbei die geographische Übereinstimmung von Rohstoffvorkommen, Brenn-



punkten sozialen Protests und (US-amerikanischen) Militärbasen in Südamerika. Er kam zu dem Schluss, dass gerade die Logik einer extraktiven Wirtschaft, die alle Karten auf die Rohstoffausbeutung setzt, zu einer militarisierten Territorial- und Bevölkerungskontrolle führt.

### Die Münchener Arbeitsgruppe für Menschenrechte in Kolumbien

Aus der Veranstaltungsreihe ging bereits eine Arbeitsgruppe für Menschenrechte in Kolumbien mit ca. zehn Mitgliedern hervorgegangen. Am 19. März 2014 lud die Gruppe den indigenen Aktivist Francisco Javier Cortes ein, um über die Situation seiner Ethnie zu berichten. Der Stamm, der im Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Ecuador lebt, umfasst ca. 22.000 Menschen. Die indigenen Stämme sind neben den afrokolumbianischen Gemeinden wohl die Bevölkerungsgruppen, deren Situation die enorme Kluft zwischen dem Anspruch verfassungsrechtlicher Normen und der Wirklichkeit am drastischsten verdeutlicht. Seit der neuen Verfassung von 1991 verpflichtet sich der Staat zum Schutz der Autonomie und der Territorien der 34 indigenen Völker. Gerade diese litten aber in den letzten Jahrzehnten enorm unter der bewaffneten Konfrontation, da die an natürlichen Ressourcen reichen Ländereien der Indígenas die Gier der Paramilitärs und der Guerrilla anheizten. Doch der Staat trägt nicht durch die Unterlassung seiner Schutzfunktion, sondern auch durch die Förderung von Großprojekten wie der Errichtung einer Erdöl-Pipeline zur physischen und kulturellen Vernichtung der Awá-Ethnie bei. Francisco Javier Cortes nutzte seine Rundreise durch Europa, um neue Allianzen mit NGOs zum Schutz seiner Ethnie zu schmieden und so Druck auf die Regierung von Kolumbien und Ecuador auszuüben.

In Zukunft wollen wir soziale Bewegungen in Kolumbien weiterhin durch Informations- und Kampagnenarbeit unterstützen. In Zukunft wollen wir eine Gemeinde oder ein Friedensprojekt in Kolumbien durch Informationsaustausch und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Wir glauben, dass das Öku-Büro von einer Beschäftigung mit Kolumbien profitieren kann, da Probleme wie die (Para)militarisierung und die Gewalt gegen soziale Bewegungen auch in Mexiko oder Honduras anzutreffen sind. Die oft diffusen Mechanismen des Terrors, die der Zivilbevölkerung jede Möglichkeit des selbstbestimmten Handelns nehmen, kennen viele, die sich mit Zentralamerika beschäftigen, nur zu gut. Umgekehrt ist die Erfahrung aus Guatemala oder El Salvador, dass Friede ohne eine unabhängige Zivilgesellschaft Gefahr läuft, zur Legitimierung ungerechter sozioökonomischer Verhältnisse instrumentalisiert zu werden,

auch für Kolumbien von Bedeutung. Wir möchten uns beim Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, beim Ausländerbeirat München sowie bei LIG e.V. und Desierto Florido e.V. für ihre freundliche finanzielle Unterstützung bedanken. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Christiane Schulz für die sehr gelungene Moderation der beiden Veranstaltungen.



Liliana Uribe berichtete von außergerichtlichen Hinrichtungen

- <sup>1</sup> *Die Unidad de Víctimas erfasste 166.069 Morde seit 1985 durch bewaffnete Akteure. Das ist aber nur der traurige Gipfel einer humanitären Katastrophe: Die Einrichtung anerkennt außerdem 27.007 Verschwundene, 1.754 Opfer sexueller Gewalt, 6.421 zwangs-rekrutierte Kinder und 4.744.046 Zwangsvertriebene. Vgl. Grupo de Memoria Histórica (2013): ¡Basta ya! Colombia: Memorias de guerra y dignidad, Bogotá, S.32-33: <http://www.elpais.com.co/elpais/archivos/bastaya.pdf>.*
- <sup>2</sup> *Vgl. Interview mit einem Gemeindeführer Mampujáns am 16.07.2012.*
- <sup>3</sup> *Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) sind aus ländlichen Konflikten hervorgegangen und gründeten sich 1964 als linksgerichtete Guerilla-Gruppe. In dem Maß, in dem die FARC in den 1980ern militärisch immer erfolgreicher wurden, verloren sie auch durch ihre Annäherung an den Drogenhandel und einer Vielzahl von Menschenrechtsverbrechen die Unterstützung der campesinos. In beiderlei Hinsicht – militärischer Stärke und Entfernung von der Basis – unterscheiden sich die FARC von den zentralamerikanischen „Guerillas der Armen“. Vgl. Sánchez, Gonzalo (2013): „Modernización y barbarie: signos convergentes del conflicto armado en Colombia“, in: Centro Nacional de Memoria Histórica: Guerrilla y población civil. Trayectoria de las FARC 1949-2013, Bogotá, S. 12.*
- <sup>4</sup> *Als Uribismo werden die Koalition und das politische Programm des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe (2002-2010) bezeichnet, das sich durch einen personalisierten Führungsstil und eine Militarisierung der inneren Sicherheit auszeichnete. Während und nach seiner Amtszeit wurden zahlreiche Skandale aufgedeckt, für welche die Regierung direkt oder indirekt verantwortlich war, darunter unzählige von den Streitkräften verübte Menschenrechtsverbrechen sowie Beziehungen zwischen Kongressabgeordneten und paramilitärischen Gruppen.*
- <sup>5</sup> *Vgl. El Espectador: „FARC reconocen responsabilidad en parte de las víctimas“, 20.08.2013: <http://www.elespectador.com/noticias/paz/farc-admiten-responsabilidad-parte-de-victimas-del-conf-articulo-441014>.*
- <sup>6</sup> *Vgl. Semana.com: „La historia inédita de los falsos positivos“, 06.07.2013: <http://www.semana.com/nacion/articulo/la-historia-inedita-falsos-positivos/349851-3>. (Angesehen am 26.01.2014)*



## Dringender Spendenaufruf für unsere Partnerorganisation **OIKOS Solidaridad**

### Schwere Schäden durch Ascheregen des Vulkans Chaparrastique

Kurz nach Weihnachten, am 29. Dezember 2013, brach der Vulkan Chaparrastique (San Miguel) im Osten El Salvadors aus: Wolken giftiger Gase und ein Regen von Asche gingen auf die umliegenden Felder und Dörfer nieder. Unser langjähriger Projektpartner OIKOS Solidaridad funktionierte seine nahegelegenen Büros sofort in eine Notunterkunft für die fliehenden Menschen um und kümmerte sich um das Lebensnotwendige. Während es im Vulkan weiter brodelt, haben sich die Dorfbewohner\_innen, darunter auch mehrere OIKOS Solidaridad-Mitarbeiter\_innen, inzwischen an die Aufräumarbeiten gemacht. Insgesamt sind 2.600 Familien betroffen.

OIKOS Solidaridad ist insbesondere in den stark geschädigten Dörfern Los Hércules, La Cruz, La Piedrita und La Morita tätig. Während die Häuser und Grundstücke dort mühsam von der Asche befreit werden, ist auch auf den Feldern noch viel zu tun. OIKOS Solidaridad -Kordinator Benjamín Alas: „Wir müssen dringend handeln, damit der Boden durchlässig bleibt und die giftige Asche sich nicht mit Wasser mischt und so fest wie Stein wird. Außerdem müssen wir zusehen, wohin mit der ganzen Asche. Sehr viele Menschen leiden unter Atemwegserkrankungen.“ Akut fehlen: Trinkwasser, Medikamente, Lebensmittelkonserven, Schaufeln, Besen, Plastiksäcke und vor allem auch weitere Atemmasken und Schutzbrillen. Die längerfristigen Schäden sind noch gar nicht abzusehen. Mais-, Bohnen-, Knollenbohnen- und Sesamernte der in OIKOS Solidaridad organisierten Gemeinden sind auf alle Fälle schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Wir bitten Sie und euch um rasche Unterstützung, die wir als Nothilfe für die am meisten Betroffenen direkt an OIKOS Solidaridad weiterleiten.

OIKOS Solidaridad ist eine kleine Nichtregierungsorganisation, die mit Basisgruppen, Kooperativen und kommunalen Organisationen zusammen arbeitet. OIKOS klärt z.B. Bauern und Bäuerinnen über die Gefahren gentechnisch veränderten Saatguts auf und veranstaltet regelmäßig Saatgutmessen. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Ernährungssouveränität und Prävention vor Naturkatastrophen.

#### Spendenkonto:

Ökumenisches Büro  
für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Stadtparkasse München  
IBAN:  
DE65 7015 0000 0056 1762 58  
SWIFT-BIC: SSKMDEMM

Für diejenigen, die noch BLZ  
und Kto verwenden möchten:  
Stadtparkasse München  
BLZ 701 500 00  
Konto 561 76 258

**Stichwort: OIKOS-Vulkan**





## Aufklären + Einmischen

**Unterstützen Sie jetzt die unabhängige Beobachtungsstelle NSU-watch.**

Die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) markiert eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Taten des NSU, sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind noch lange nicht aufgeklärt. Nur eine aufmerksame Öffentlichkeit kann den Druck erzeugen, der notwendig ist für eine wirklich umfassende Aufklärung.

Antifaschistische Projekte aus Ost- und Westdeutschland, die seit mehr als zwei Jahrzehnten die extreme Rechte beobachten, haben die unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-watch: Aufklären und Einmischen« gegründet. In der Beobachtungsstelle bündeln die Projekte ihr Wissen und ihre Recherchen und sie koordinieren ihre Arbeit zum Thema.

**NSU-watch hat folgende Aufgaben:**

- Begleitung, unabhängige Dokumentation und Bewertung des NSU-Strafverfahrens und der Ermittlungen.
- Veröffentlichung eigener Protokolle und Artikel zum Prozess auf Deutsch und Türkisch während des gesamten Verfahrens.
- Unabhängige Recherche zu den NSU-Morden und Unterstützung der Nebenklage.
- Öffentlichkeitsarbeit während des Prozesses.

**Dafür brauchen wir eure und Ihre finanzielle Unterstützung!**

**Spenden Sie per Überweisung auf unser Konto, per Lastschriftinzug oder per Paypal.**

### Spendenkonto

Kontoinhaber apabiz e.V.

Kontonummer 3320803 | BLZ 10020500, Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03

Verwendungszweck: Beobachtung

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung benötigen wir euren Namen und Anschrift. Wenn ihr die Spende mit dem Verwendungszweck "Beobachtung" verseht, sind diese zweckgebunden für die Beobachtungsstelle.

---

# Flug- und Zugdienst

### Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen, sondern für Alle an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwägen, Hotels, Pauschalreisen und auch Zugfahrkarten. Aus dem internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugticket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

### Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.



Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

[www.oeku-buero.de/flug](http://www.oeku-buero.de/flug)

[www.facebook.com/oekubuero.flug](https://www.facebook.com/oekubuero.flug)



Lateinamerika  
Internationalismus  
Kultur  
Menschenrechte  
Bildung



emanzipativ  
Nicaragua  
kritisch  
El Salvador  
solidarisch  
Mexiko

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

